



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1907**

95 (26.2.1907) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-131934](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-131934)

General-Anzeiger



(Babische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Größte und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Eigene Redaktions-Bureaus in Berlin und Karlsruhe.

Abonnement:
70 Pfennig monatlich.
Eringerische 26 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag 21. 2. 23 pro Quartal.
Einzel-Nummer 5 Bg.

Inserate:
Die Colonne-Zeile . . . 25 Bg.
Kurzfristige Inserate . . . 30
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Telegraphen-Adresse:
„Journal Mannheim“.
Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1448
Druckerei-Bureau (Ent-
nahmen) Druckarbeiten 841
Redaktion 877
Expedition und Verlags-
buchhandlung 918

Nr. 95. Dienstag, 26. Februar 1907. (Abendblatt.)

Die Woche der Reichsdumawahlen.

(Von unserem Petersburger Mitarbeiter.)

— Petersburg, 23. Febr.

Die Woche der Reichsdumawahlen in Petersburg. Mit größter Spannung sah man den Wahlergebnissen aus dem Innern des Reichs entgegen. So tendenziös die Nachrichten waren; eines ließ sich nicht wegleugnen: die Opposition hatte die größeren Erfolge aufzuweisen. Nicht die Konstitutionell-Demokraten (Kadetten), die sich gern die Vertreter des allgemeinen russischen Liberalismus nennen, sondern der Block der Linksradikalen: Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, Arbeiterpartei — und außerhalb des Blocks, die unparteiischen Linken waren die Sieger. Die Wahlergebnisse werden nur allmählich bekannt; ihre Feststellung ist bei dem indirekten und dazu noch sehr verzwickten Wahlsystem in Russland keine leichte Aufgabe. Von Tag zu Tag lauteten die Ergebnisse für die staatsbehaltenden Mittelparteien ungünstiger. Die alte Hauptstadt Moskau stellte lauter kadettische Wahlmänner. Nur das im südlichen Anstaltsgebiet gelegene Kiew, in dem im vergangenen Jahre der Kongreß aller monarchistischen, konstitutionell-eindlichen Parteien getagt hatte, ließ keinen Kadetten durchkommen und stellte lauter monarchistische Wahlmänner und nun auch Abgeordnete. Die drei Ostprovinzen entsenden lauter lettische und estnische (Kurland dazu einen jüdischen) Abgeordnete. Die baltischen Parteien haben keinen Vertreter ihrer Belange durchbringen können, kein Großgrundbesitzer kann in der Duma den deutschen Grundbesitzer verteidigen, kein Deutscher die deutschen Kulturinteressen.

Die zweite Reichsduma wird nicht das einheitliche Bild der ersten bieten. Die Monarchisten und Oktobristen zusammen sind den Kadetten fast gleich stark. Doch werden diese einen Teil von der drittgrößten Gruppe, der der unparteiischen Linken, bei den Fraktionsbildungen in der Reichsduma einen Zustrom erhalten. Die polnischen Parteien werden mit zur gemäßigten Opposition zählen, wenn auch die starke Gruppe der Nationaldemokraten konfessionelle Neigungen hat. Die bisher als Parteiloze registrierten Abgeordneten werden kaum zu den rechtsstehenden Parteien gehören. Immerhin aber wird der linke Flügel den rechten fast um das Doppelte überlegen, und das kadettische Zentrum wird nicht mehr als führende Kernmasse, wie 1906 die Politik in der Duma machen können. Unter den linken Parteien allein gibt es zehn bis fünfzehn verschiedene Gruppierungen. In Fragen der Regierungsoption werden das kadettische Zentrum mit dem linken Flügel Hand in Hand gehen können. Doch fragt es sich sehr, ob nicht etwa der schwere sozialistische linke Block die „bourgeois“ Kadetten stark nach rechts pressen wird. Denn der rechte Flügel der Kadetten steht den Oktobristen näher, als dem linken kadettischen Flügel.

Der linke Block hat offen revolutionäre Gelüste. Ueber sein künftiges Verhalten in der Reichsduma hat er sich noch nicht offen ausgesprochen. Doch all seine bisherigen Grundgedanken deuten darauf hin, daß in ihm die extremen Sozialdemokraten, die Maximalisten, mehr zu sagen haben, als die gemäßigteren Minimalisten, die sich in letzter

Stunde genötigt sahen, vor den Radikalen zu kapitulieren. Die Rechtsparteien sind stark genug, um ihre Stimmen zu erheben, nicht genügend stark aber, um ihren Willen irgendwoe selbstständig durchzusetzen.

Am 7. (20.) Februar fanden die Wahlen in Petersburg statt, denen am 16. (29.) Februar die Hauptwahl folgen wird. Die heute vorliegenden Wahlergebnisse sprechen von einem Siege der Kadetten, doch von keinem völligen Triumphe wie in Moskau: 151 der 160 Wahlmänner sind Kadetten, doch neun gehören dem Block der Linken an. Die Linksradikalen haben den Kadetten den Kampf bitter schwer gemacht. Ein Wahlbündnis der beiden Oppositionsparteien wäre beinahe zustande gekommen, als die Stimmung der Residenz der Oktoberpartei nicht ungünstig schien. Doch das Kartell unterblieb und der Zwiespalt wurde vollständig, als die Kadetten nach ihrem Moskauer Siege ein Kartieren mit den Linksradikalen für überflüssig hielten.

Einen schweren Schlag für die Kadetten hatte die Streichung des Prof. R. Kowalewski aus den Wählerlisten bedeutet. Der Professor — seit weniger als einem Jahre in Petersburg anständig — besaß nicht das Wahlrecht. Er diente als Anhänger der rechts von den Kadetten stehenden demokratischen Reformen auf der Kadettendumakandidatenliste als Vorbild für die rechtsoppositionellen Elemente. Auch der Kangelredner Priester G. Petrov wird aus den Listen gestrichen werden. Er ist zur Verhütung ins Kloster verurteilt worden und fügt sich dem Urteil. An die Stelle der beiden Kadetten-Kandidaten treten kadettische Erfolgsmänner.

Vor dem Tage der Wahlen bildeten die Erregnisse in den Hochschulen das Gesprächsthema. In der Petersburger Universität und der Moskauer Hochschule (technischen) waren Versammlungen der Sozialrevolutionäre teilweise aufgehoben worden, wobei zahlreiche Verhaftungen, Waisen- und Brandstiftungsbeschuldigungen erfolgten. Die Versammlungen gingen unter der Marke Vornachversammlungen der Sozialrevolutionäre, dienten aber direkt revolutionären Zwecken. Die Professorenschaft legte Protest gegen die Verletzung der Hochschulautonomie ein und die Studentenchaft stand von einem Streik ab, da „eine Schließung der Universität die Revolution ihrer besten Propagandastätte berauben würde.“ — In Petersburger technischer Hochschule erfolgten ergebnislose polizeiliche Nachforschungen. Zahlreiche Verhaftungen wurden unter der Studentenschaft in Petersburg vorgenommen. Doch vorläufig verhalten sich die Studenten wie abwartend.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 26. Februar 1907.

Konfessionelle Hege in der Mannheimer höheren Mädchenschule.

Man schreibt uns: Es ist eine betrübende Tatsache, daß es in jedem Wahlkampf immer und immer wieder nötig war, unseren katholischen Mitbürgern zu versichern, daß es sich auch diesmal nicht um irgendwelche konfessionelle Glaubenssachen handle, nicht um eine Unterdrückung des kathol. Glaubens. Gewissenlose Hege propagieren aber immer wieder die Massen,

indem sie ihnen vormachen, die Regierung beabsichtige eine Unterdrückung des kathol. Glaubens, eine Schwächung der Rechte des kath. Mitbürgers u. s. f. Der beabsichtigte Erfolg ist natürlich die Verschärfung der konfessionellen Gegensätze, also gegenseitige Unbilligkeit; die Nichtachtung der Andersgläubigen, Störung des inneren Friedens. Leider Gottes arbeiten jene Hege oft genug mit Erfolg, und ihr Handwerk kann ihnen nicht gelegt werden. Das aber kann verhindert werden, daß man schon in die Kindesseele den Haß u. die Verachtung gegen Andersgläubige einpflanzt, wie das gegenwärtig vonseiten des Kaplans Moser an der Höheren Mädchenschule geschieht, der im Religionsunterricht die katholischen Schülerinnen auffordert, mit Protestantinnen keine Freundschaft zu schließen, nicht mit ihnen spazieren zu gehen, ja die Schülerinnen, also 11—13jährige Mädchen sogar ermahnt, später einmal keine gemischten Ehen einzugehen und keinen Protestanten zu heiraten. Der Herr Kaplan wird dieser Aufforderung wohl auch die entsprechende Begründung hinzugefügt haben, die natürlich die protestantischen Kinder, ihre Eltern und auch ihre protest. Lehrer nicht besonders adäquat erscheinen lassen. Die Tatsache erschließt uns so ungeheuerlich, daß wir an ihrer Wahrheit zweifeln, wenn uns nicht die Eltern kath. Schülerinnen unter Ausdrücken der Enttäuschung ihre Richtigkeit versichert hätten. Wobin sollen wir kommen, wenn man schon in der Schule die kath. Jugend lehrt, daß sie in den Protestanten Menschen zu erblicken hat, die man meiden muß. Wir sind überzeugt, daß der Antikatholik das Vorgehen jenes Kaplans aufs Entschiedenste mißbilligt, und wir hoffen, daß diesem Geisteslichen das Handwerk aufs Schnellste gelegt wird. Wir brauchen den konfessionellen Frieden; denn wir haben Wichtigeres zu tun, als uns in konfessionellen Fragen herumzureden. Wir haben viel Not und Glend zu lindern und Werke der Nächstenliebe zu erfüllen. An solcher Arbeit muß jeder teilnehmen. Dazu aber ist nötig, daß sich die verschiedenen Konfessionen gegenseitig achten und nicht die einen in den anderen minder adäquate Menschen erblicken. Wir halten es für unaußbrechlich gewissenlos in der Schule den Frieden zwischen kath. und protestantischen Kindern zu stören und hier ungeliebt die Saat zu religiöser Zwietracht, zu Haß und Unbilligkeit zu säen.

Unbotmäßige Studentenverbindungen.

Die drei Tübinger katholischen Korporationen Alemannia, Gueisalia und Unita-Chernisia wurden kürzlich in den dortigen Ausschuß vereinigter Tübinger Korporationen aufgenommen, nachdem sie die entgegenstehenden Bedenken zerstreut hatten.

Als man ihnen vorschied, es sei vorgekommen, daß katholische Korporationen sich von rein nationalen Veranstaltungen fern gehalten hätten, erklärten sie, sie mißbilligen ein Fernbleiben katholischer Korporationen von nationalen Veranstaltungen. Sie betonten ferner, daß ihre nationale Gesinnung durch keinerlei ultramontane Tendenzen beeinträchtigt sei. Zu dieser Veröffentlichung waren Alemannia, Gueisalia und Unita-Chernisia um so lieber bereit, als sie damit weitverbreiteten Gerüchten entgegenzuwirken hofften. Wenn in der „Nöln. Ztg.“ angenommen wurde, sie hätten sich mit der letztgenannten Erklärung in Gegensatz zu

Dann wundern wir uns immer auf neue, was für Kuriose Vorstellungen man sich draußen im Reich von dem Dasein der Hauptstadt macht — und haben wieder für sechs Wochen genug.

Gewiß hat Berlin, die Stadt, in der bis 9 Uhr abends gearbeitet wird, die jährlich von weit mehr als einer Million Fremder besucht wird, ein ausgezeichnetes Nachleben. Soweit haben wir Deutschen es ja noch lange nicht gebracht, daß wir, wie andere Kulturvölker, den Arbeitstag am 5. 6 Uhr schließen. Ich beispielsweise pflege normaler Weise um 12 Uhr zu Abend zu essen, um gewissenhafte Fingerringstudien zu treiben, wie Herr von Schudmann, wäre ich dann nur äußerst selten mehr in der Verfassung, freilich, die Herren R. d. U. legen Wert darauf, spätestens um 1/4 Uhr Schluß der Debatte herbeizuführen, nötigenfalls mit Gewalt!

Wir scheinen das spezifische Kennzeichen des Berliner Nachlebens in ganz was anderem zu bestehen als in seiner besonderen Sündhaftigkeit. In der Karnevalsnummer des Simplissimus gab es ein Titelbild „Berliner Karnaval“, darunter stand, als Nachdruck einer Moskiterin, sonst aber mit Bewandlung nicht übermäßig bewundernswürdigen Weiblichkeit: „Wo mein Humor ist, Junge? In Deinem Portemonnaie ist er!“ Da haben Sie die fatale Spezialität des Berliner Nachlebens in nuce: Der nächtliche Sündenkauf hier, worüber die Sittensprediger setern, ist gar kein Vergnügen, sondern fortgesetztes Geschäft. Vergnügungsindustrie, wenn Sie so wollen. Die protestantischen Berliner hatten bald heraus, daß die Fremden hier allerhand Amüsement suchen, was in kleinen Städten nicht so leicht zu haben ist. Schön, sagten sie sich, wir liefern den Fremden das gewünschte Vergnügen und nehmen ihnen dafür ihr Geld ab. Das ortsanfällige Nachleben und Leben der Männer dabei mitmachen, tut dem Geschäft weiser keinen Eintrag.

Der Tabak des Berliner Vergnügungsindustriellen war der betriebliche Herr von Wolgast, der uns die köstliche Mode des Kabarets eingeführt hat. Eageriert, als etwas, was die feinsten Blüte modernen Kunstgenusses sein sollte, und was nichts anderes war, als eine neue, und nicht weniger als ungeschickte Methode,

Berlin, das große Fingerring.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Nun haben wir aber einmal gesagt bekommen! Das war der Herr von Schudmann, ein Hochkonservativer natürlich, der dem großen Sündenbabel an der Spree im Abgeordnetenhaus die Meinung geigt hat. Berlin sei nichts anderes als ein einziges großes Fingerring, so sagte er. Der Herr Minister möge gefälligst dafür sorgen, daß die Berliner früher zu Bett gingen. Auch die Bewohner der Vororte hätten hier spät abends nichts mehr zu suchen. Das Treiben in den Lokalen schreie zum Himmel, auf den Straßen könne sich noch 10 Uhr kein anständiger Mensch mehr sehen lassen. Kurz, es sei eine „Sauschwärmer“, so sagte Herr von Schudmann wörtlich, und das Haus wolle sich abschließen vor Lachen. Besonders, als der eifernde Volksbote durchblinden ließ, daß seine trüben Erfahrungen auf recht gründlichen Studien beruhten.

Der zur rettenden Tat aufgerufene Minister des Innern, Herr von Bethmann-Hollweg, hielt eine sehr einsichtige Gegenrede, die die Blätter in allen Tonarten preisen. Im Reden gibt sich dieser kantische Philoßoph an dem Ministerstuhl überaus liberal — doch er sich durch liberale Taten nicht erst mehr nach oben zu kompromittieren braucht. Er gilt der reichshauptstädtischen Presse, die ja so leicht zu begeistern ist, auch ohne den Bräutigam der Taten als „moderner“ Staatsmann. Unter uns gefagt: die einseitige Stichwahlparole, womit uns die Norddeutsche Allgemeine Zeitung nach den Hauptwahlen überraschte und die nur mehr von einem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, aber nicht mehr gegen das Zentrum wählte, wird auf den „modernen“ Staatsmann im Ministerium des Innern zurückgeführt. Immerhin

Statt des geistigen Rückschritts

Der Rückschritt mit Geist!

wie ein wichtiger Kollege den Konstantiner im Gegensatz zum strenggläubigen Herrn von Stadt charakterisiert hat.

Demnachst aber langte der wohlgenährte Chef der „Deutschen Tageszeitung“ die Redaktionskassette vom Nagel und sang im Tone des Herrn von Schudmann weiter. Sang das Lied von teutscher Nacht und Sitte, die allem mehr da gedeiht, wo teutsche Männer erklären, sie müssen unter die Sozialdemokraten gehn, wofür ihnen der Korngeld von 5—5,50 M. nicht garantiert werde; und klagte gar beweglich über die „Wandelsbüchse der Unzucht“, die es für den teutschen Mann, das teutsche Weib und das teutsche Kind schier unmöglich mache, gewisse Berliner Straßen nach einbrechender Dunkelheit, ja fast am helllichten Mittag schon nicht mehr zu passieren.

Ist das alles wirklich so schlimm? Wir haben geschweide, tüchtige und — hübsche Frauen verjährt, sie trauten sich zu jeder Tages- und Nachtzeit unbesorgt und an ihrer Tugend ungeschädigt durch die großen Verkehrsstraßen von Berlin zu gehen. Und im Scheunenviertel hat eine aufstrebende Frau ja schließlich nichts zu suchen. Für die „Wandelsbüchse der Unzucht“ muß man wohl ein besonders empfindliches Auge haben, um an dieser, leider ja nicht wegzubringenden Großstadt-Einrichtung lässlich von neuem ein Vergessen zu nehmen. Den normal veranlagten Menschen, der eine Beschäftigung hat, oder dessen Beschäftigung nicht gerade darin besteht, seinen Mitmenschen das Dasein zu verfehlen, bringen die armen Streifkinder der Gesellschaft, die ihm auf jedem Gange durch die Stadt zu Duzenden begegnen, nicht aus dem seelischen Gleichgewicht.

Ob man eine Beschäftigung hat oder nicht, das ist der Kern der Frage. Für die kleine Oberschicht der Nichtstuer, und für durchreisende Fremde mag Berlin in der Tat so etwas sein wie ein großes Fingerring. Für den, der hier anständig ist und sich sein Brot verdienen muß, ist es eine Stadt, die Kopf und Weine mehr anstrengt als irgend eine andere. Und wir, die wir so eine von den 3 Millionen Arbeitstollen dieses temperamentvollen Organismus vorstellen, wir tauchten in den „Grenzen“ des Berliner Nachlebens nur ob und an unter, wenn uns die guten Freunde aus der Provinz auffuchen und herumgeführt sein wollen.

andern katholischen Korporationen stellen wollen, so betont sie demgegenüber, daß ihnen nichts ferner lag als dies, und daß sie es als eine selbstverständliche und hofentlich überall gültige Pflicht katholischer Korporationen ansehen, sich von solchen ultramontanen Tendenzen frei zu halten.

Der „Germ.“ ist der ganze Vorgang sehr unangenehm. Er könne zu allerlei „Missverständnissen“ führen: „Wir wissen nicht, was die drei Korporationen in Tübingen dazu berechtigt, allen andern katholischen Korporationen gegenüber die Linie ihrer „Pflicht“ vorzuschreiben. Aber wir sind keineswegs in Zweifel darüber, daß diese Tübinger Erklärung, auch wenn sie den Erfolg gehabt haben sollte, die Aufnahme der katholischen Korporationen in den allgemeinen Studierendenausschuß in Tübingen zu erwirken, in den Kreisen der katholischen Studenten und der alten Herren der katholischen Studentenkorporationen keine freundliche und zustimmende Aufnahme finden wird.“

Damit sind also die übrigen katholischen Studentenverbindungen als solche gekennzeichnet, welche eine Verleumdung der nationalen Bewegung durch ultramontane Tendenzen betreiben. Es ist wertvoll, daß gerade die „Germania“ sich zu dieser Charakterisierung verstanden hat.

Die Niederlage der Sozialdemokratie

Wird Tag für Tag in den Blättern der Partei behandelt, am ausgiebigsten von den Revisionisten. In der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ stehen schon wieder lange Abhandlungen darüber von Wilhelm Schröder, Eduard Bernstein und Richard Galtzer. Sie sagen ihren „Genossen“ manche bitteren Wahrheiten, und „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ werden genug zu tun haben, um die Reaktionen zu widerlegen. Ueberhaupt scheint es in der Sozialdemokratie ziemlich zu gähnen. Wenn Herr Bebel nicht bald mit dem Donnerkeil dreinfährt, kommt am Ende die lange prophetezte Katastrophe und Revolution, aber nicht über das Reich, sondern über die Dreimillionenpartei.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. Febr. (Kolonialwirtschaftliches Komitee.) Das fortgesetzte Interesse des Kaisers an den Arbeiten des Kolonialwirtschaftlichen Komitees bekundet neuerdings das folgende, an den Vorsitzenden des Komitees Karl Suß gerichtete Schreiben, datiert Berlin, den 21. Februar 1907: „Um Vorligendes erwidere ich auf die gefällige Zuschrift vom 19. Dezember v. J. ergebenst, daß ich gerne Gelegenheit genommen habe, die eingesandte Schrift „Die Arbeit des Kolonialwirtschaftlichen Komitees 1896—1906“ nebst dem „Wirtschaftsstatus der deutschen Kolonien“ Seiner Majestät dem Kaiser und Könige vorzulegen. Allerhöchstdieselben geruhten mit lebhaftem Interesse und mit dankbarer Anerkennung davon Kenntnis zu nehmen, in welcher wirksamer Weise das genannte Komitee durch seine eifrige Tätigkeit an der Lösung der wichtigsten wirtschaftlichen Fragen der Kolonien und an der Aufklärung des deutschen Volkes über seinen Kolonialbesitz mitgearbeitet hat.“ (Nationalliberale Anträge im Reichstag.) Die Nationalliberalen haben im Reichstage folgende Anträge eingebracht:

- 1. Galtzer: einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die unmittelbare Haftung des Staates und anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts für den von ihnen Beamten bei Ausübung der dieser anvertrauten öffentlichen Gewalt angelegten Schäden grundsätzlich ausgeschlossen wird;
2. Suß (Heidelberg): die Bescholdungsverhältnisse der Beamten und Untergebenen spätestens mit Beginn des nächsten Etatsjahres einer zeitgemäßen Neuregelung zu unterziehen, durch einen Nachtragset für das laufende Jahr alle Beamten unter 4000 M. Gehalt aufzubessern;
3. Ortig: den Reichsbeamten in Rosen und Westpreußen schon für 1907 Ermäßigungen zu gewähren;
4. Dr. Farn: eine Vorlage über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses vorzulegen;
5. Galtzer: ein Reichsarbeitsamt zu schaffen, mit der Aufgabe, daß auf dasselbe die Obliegenheiten und Befugnisse der Kommission für Arbeitsnachweise übergeben und ihm Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als ständige Mitglieder angehören;
6. Bed (Heidelberg): einen Entwurf vorzulegen, welcher die Vereins- und Versammlungsrechte für alle Bundesstaaten einheitlich ordnet;
7. Reuner: einen Entwurf betreffend die Unfallversicherung bei Arbeiten, welche freiwillig für Rettung von Personen und zur Vergütung von Gegenständen vorgenommen werden, vorzulegen;
8. Ortig: ein Pflanzungsmonopolgesetz zu schaffen;

denen, die Gott sei Dank nicht alle werden, ihn Geld abzunehmen. Noch heute runden Fremde und Einheimische, die überall dabei gewesen sein möchten und delicate pecunia nicht gleich dazu kommen, in die Roberts- und erwarten sich also ganz besonders vielende Gemüthe. Ich habe noch keinen wieder herauskommen sehen, der nicht barbarisch gefoltert hätte. Eine Gewähr ist aber, die an einer Woche Wein zu 250 M. gekostet hatte, wurde gar auf die Sanitätskammer gebracht werden. Also, das ist kein Scherz, sondern hat sich ereignet im Jahre 1906 post Christum natum. Rein, unter Kautschuk hat eine Spur von jenem brennlichen Jage, wie er im Karmel der Atter und Adenauer: Stadt, wenn auch in Schwach und schwächer werdendem Abfluss, noch lebt. Die alte Berliner Gemüthsart und Lebensweise, die auch nicht abel war, nicht todt aus. Und was an ihrer Stelle tritt, dieser künstliche Zauber, in den so und soviel Tausend Menschen hier alljährlich im Haude geschäftlicher Ausbeutung verlegt werden, der hat für wirklich gesunde Menschen schon bald etwas unangenehm abstoßendes. Das ist seine schlimmste Seite, denn die natürliche Grazie romanischer Völker vermag manches zu erdein, was sich in dürrer, nördlichen Lande nicht gerade zum schicklichen Zimmertisch emwiehelt.

Worum war die heidnische Sünde so schön? — fragt bei Ihnen der junge Jaktan den frommen Basilus. Warum ist die Berliner Sünde — oder was man dafür hält — so abschreckend nächtern? — möchte man hier fragen. Dr. Paul Häcker.

Tagesneuigkeiten.

— Vom Thaw-Projekt. Es ist der Anstöße gelungen, durch das Kreuzerboot der Mrs. Thaw deren ganzes Verhältnis mit Mr. White festzustellen. Es ist bewiesen worden, daß die Frau nach dem Akt der Vergewaltigung, den sie so ausföhrlich schilderte, wieder mit dem ermordeten White intim bis zum nächsten Jahre verkehrte. Mr. Jerome stellte ferner fest, daß Mrs. Thaw als Mrs. Rebbit nach ihrem Umzuge nach dem Grand Hotel ein Zimmer bewohnte, das eine Verbindungstür zu dem Zimmer ihres jetzigen Mannes hatte. Auch über die europäische Reise der Mrs. Thaw und ihrer Mutter brachte das Kreuzerboot merkwürdige Enthüllungen. Mrs. Thaw gab an, daß sie damals immer nach von White Geld erhielt, und sich von ihm vor ihrer Abreise nach Europa einen Kreditbrief ausstellen ließ. Sie habe das Geld Thaw gegeben. Von dem Gelde, das White für sie bei einer Bank deponiert hatte, sei auch noch ein Rest vorhanden gewesen, aber „Manca besam das alles“. Die belästigende Vorgänge der Mrs. Thaw war die, daß Mrs. Thaw ihr in Europa Kopien von Telegrammen gereicht habe, die er an White schickte mit der Bitte, er möge seinen Einfluß auf einen Mann in London geltend machen, damit dieser die Mutter der Mrs. Rebbit verheiratet. „Standal zu machen“, oder sich einzumischen, solange Mrs. Rebbit mit ihm auf dem Kontinent verbleibe. Der Anwalt brachte auch mit, daß Mrs. Thaw von dem Verhältnis zwischen Mrs. Rebbit und Mr. White wußte, bevor er diese Telegramme an White sandte. Das Kreuzerboot der Mrs. Thaw wird noch fortgesetzt werden.

— Eine deutsche Forschungsreise durch Sumatra. In den Sitzungsberichten der Berliner Akademie der Wissenschaften wird ein erster Bericht über eine Forschungsreise veröffentlicht, die der Breslauer Geograph Dr. Wilhelm Holz zur Untersuchung des Gebirgsbaus und der Fauna von Sumatra in den Jahren 1904 bis 1906 unternommen hat. Der Gelehrte, der bereits früher Reisen im ostindischen Archipel unternommen hatte, dehnte diesmal seine Untersuchungen über das bisher unbekannte, erst neuerdings dem holländischen Gouvernement einverleibte Nordsumatra aus. Er machte sieben größere Expeditionen von durchschnittlich zweimonatiger Dauer in den gebirgsigen Binnenland, auf denen er im ganzen etwa 6000 Kilometer, hieß zu Fuß, zurücklegte. Der holländische Generalgouverneur gewährte ihm bereitwillig Unterstützung und stellte ihm, da der Marich größtenteils durch feindliches Gebiet führte, für fünf Expeditionen eine militärische Eskorte zur freien Verfügung. Die Expeditionen boten mit mancherlei Gefahren und Schwierigkeiten zu kämpfen;

2. Bed: eine Novelle zum Gesetze über den Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit vorzulegen, dah ein Deutscher gegen seinen Willen die Reichsangehörigkeit nicht verlieren kann, auch nicht bei mehr als zehnjähriger Abwesenheit, die Naturalisation von Nachkommen von Deutschen erleichtert, von Ausländern erschwert wird;

10. Baffermann: einen Entwurf vorzulegen, welcher bezüglich der Gehilfen von Rechtsanwälten, Beamten von Krankenkassen, Versicherungsvereinen, Vereinen, Anstalten etc. über Arbeitszeit, Kündigungsschutz, Sonntagsruhe Vorschriften ähnlich denen für Handelsangestellte erläßt.

11. Dr. Fand: Forderung der Wahlenurnen auf Reichskosten.

Badische Politik.

Zur Gehaltsstarifrevision

o.e. Karlsruhe, 24. Febr. Wie man hört, sollen die Ausläufer der Gehaltsstarifrevision sehr ungünstig sein. Obwohl sich bis jetzt ein endgültiges Urteil nicht fällen läßt, neigt man doch zu der Ansicht, daß der Effekt weit hinter den Erwartungen zurückbleiben dürfte.

Warrer Gaisert.

Vom Schwarzwald schreibt man der „Bad. Landeszeitg.“: Anlässlich eines Besuchs in Gündelwangen konnte Schreiber dieses erfahren, daß Warrer Gaisert immer noch da ist. Man sagt, er habe ein Gnadengesuch eingereicht; die Gemeinde aber hat sich einem solchen Gesuche nicht angeschlossen, wie ultramontane Blätter zu berichten wußten. Ganz eigentümlich berührt es allgemein auf unseren Höhen, daß Gaisert immer noch auf freier Höhe sich befindet, was sonst wohl keinem einzigen Staatsbürger zu teil wurde, der sich ähnlich vergangen hätte. — Es ist noch allernäherst gut in Erinnerung, wie vor Jahren ein Bauernmann aus Unadigen, der in einer Bagatelldache unüberlegt und ohne die Tragweite seiner Worte abzuwägen zu können, einem Zeugen gegenüber Eshnung des Angeklagten empfahl, sofort in Untersuchungshaft genommen, zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Bruchsal abgeführt wurde. Kein Mensch und keine Zeitung bekümmerte sich damals um diesen Unglücksmannehen. Freilich waren da kein Moraltheologe und kein Antisidriker-Abgeordneter als Verteidiger und Verdummer. Ohne Federlebens ging es da nach dem Buchstaben des Gesetzes. Wie heute, im Falle Gaisert! Schon nahezu ein Vierteljahr zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt, läuft er noch frei herum und liest sogar, man höre und staune, täglich seine (heilige?) Messe! Diese so verschiedene Behandlung Beurteiler will der Bevölkerung des Schwarzwaldes und wohl des ganzen Landes absolut nicht in den Kopf. Wenn man auch allernäherst mit dem unglückseligen Priester Mitleid hat, wenn man auch annimmt, daß er von außen her zu der für einen Geisteskranken absolut unglücklichen Tat suggeriert wurde, so kann man aber nicht bagreifen, daß Gaisert nicht da ist, wo ein anderer in gleichem Falle längst wäre. Will man denn mit Gewalt aus diesem Unglücksraben einen Märtyrer machen? Man sagt ja heute schon und Zentrumskämpfer kündigen es bereits an, wenn Gaisert aus dem Zuchthause kommt, wird er wieder in Amt und Würde treten. Bedenklich erscheint Schreiber dieses besonders auch, was er von einem Anhänger Gaiserts in Gündelwangen hörte. Dieser meinte, wenn Warrer Gaisert zu Recht verurteilt wäre, hätte man ihn längst geholt. Es läge wahrlich im Interesse des Rechtsgefühls, wenn hier endlich einmal Wandel geschaffen würde.

Aus Stadt und Land.

Wannheim, 26. Februar 1907.

- Verlegt wurden die Regierungsbaumeister: Emil Kerler in Dörrach zur Wasser- und Straßenbauinspektion Vahr, Wilhelm Kruff in Wonnhorst zur Wasser- und Straßenbauinspektion Wörth, Emil Schwarzmann in Rastatt zur Wasser- und Straßenbauinspektion Freiburg, Adolf Schuler in Offenburg zur Wasser- und Straßenbauinspektion Rastatt, Walter Neuninger in Freiburg zur Kulturinspektion Offenburg und Karl Spieß in Heberlingen als Hilfsarbeiter zur Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus.
• Ernannt wurde der Mediziner Emil Billeter bei der Generalintendantur der Groß. Militärärztl. Schule.
• Die Hauptversammlung des Badenklub findet am 11. Mai in Darmstadt statt. Am 12. Mai wird der neuerbaute Aussichtsturm auf der Reunfischer Höhe eingeweiht.
• Die diesjährige Verbandsausstellung des Allg. Bad. Aninmenhäuser-Verbandes findet über Pfingsten in Durlach statt.

In Mitgliedern des Stadterweiterungs-Komitees wurde von der heutigen Bürgerauschussung gewählt: Direktor Rich. Krtmann mit 88, Arbeitersekretär: Richard Stitzel, Chemiker Kommerzienrat Dr. Adolf Clemm und Installateur Georg Wunder mit je 87 Stimmen.

Als Mitglieder des Stiftungsrats des katholischen Bürgerhospitals wurden heute vom Bürgerauschuss gewählt: Privatmann Eugen Grisefer, Architekt Karl Schwisidast und Kaufmann Fritz Wihler mit je 86 Stimmen.

Nationalliberaler Verein Mannheim. Wir machen alle Parteifreunde nochmals auf die heute Dienstag Abend 10 Uhr im „Friedrichshof“ stattfindende ordentliche Mitgliederversammlung aufmerksam. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht.

Kolosseum-Theater. Man schreibt uns: Mittwoch, 27. Febr. wird als Benefizvorstellung verbunden mit dem 25jährigen Schauspielers-Jubiläum des Herrn Karl Uhmayr, das Charakterstück in 3 Akten und 5 Bildern von H. Pittner „Die Spigenbögen“ gegeben. Die melodische Musik zu den vielen Gesangsnummern ist von einem heimischen Komponisten. Da diese Benefizvorstellung auch als Jubiläums-Ehrenabend gedacht ist, so wird nicht nur die Wohl des reizenden Bühnenwerkes, sondern auch der besondere Würdigung verdienende doppelte Anlaß zu dieser Vorstellung einen recht zahlreichen Besuch erzielen.

Schiffsunfall. Montag vormittag ist an der Landebrücke der Trajektbagger bei Wingen der Trajektbagger „Rohr“ mit dem Trajektbagger „Bingerbrück“ zusammengestoßen. Dabei wurde dem Trajektbagger „Bingerbrück“ die Stützen an dem Rettungsnach abgerissen, so daß der Nachen ins Wasser stürzte. Der Nachen wurde wieder heringeholt. Die Schiffe konnten ihre Fahrt sofort wieder aufnehmen.

Aus dem Schöffengericht. Der Fuhrmann Wilh. Schäfer kam am 20. Oktober v. J. mit seiner schweren Kasse um die Mittagsstunde in starkem Trabe aus der Güterbahnhofsstraße gefahren, um in die Jungbushstraße einzubiegen. In diesem Momente überquerte der Finanzpraktikant Ernst Kaiser die Jungbushstraße 15 Schritte vor dem Wagen, den er nicht wahrgenommen hatte. Schäfer rief ihm zu, er solle ausweichen. Beim Ausweichen glitt jedoch Herr Kaiser aus, stürzte hin und das Fußsteckel ging ihm über den linken Fuß, der über dem Knöchel gebrochen wurde und 11 Wochen zur Heilung erforderte. Das Gericht hält ein Verschulden des Fuhrmannes durch sein allzu rasches Fahren beim Nehmen einer Wiegung für vorliegend und verurteilt den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 10 Mark.

Aus dem Großherzogtum.

Sandhausen, 25. Febr. Der gestrige Sonntag war für unseren Ort für die Vereinfachung wieder ein recht reger. So hielt z. B. der 1. Gartenbauverein seine Jahres-Generalsammlung im Gasthaus zum „goldenen Pfingst“ ab, ebenso der Geselligkeitsverein im „Morgenstern“. Eine dritte Versammlung tagte unter der Leitung des Herrn Bürgermeisters Herbel und der hiesigen Ärzte Dr. Duffing und Dr. Schönstedt befaßt Gründung einer freiwilligen Sanitätskolonne im Gasthaus zur „goldenen Sonne“. Nach verschiedenen vorausgegangenen resultatlosen Versuchen ist es endlich gelungen, die einstweilen nötige Anzahl von Teilnehmern für die Sanitätskolonne zu finden. Vorläufig wurde Herr Rob. Schenkel, Vize zur „Sonne“ zum 1. Kolonnenführer und Herr Maurermeister Anton Diehl zum 2. Kolonnenführer gewählt.

Storheim, 25. Febr. Am Freitag fand man auf der Bahnstrecke zwischen Enzberg und Mühlacker einen Schirm und einen hinterlassenen Hut, sowie zahlreiche Blaupapere. Dägers Nachforschungen ergaben, daß ein nachts vorher von Storheim heimkehrender Weggezeihl: von Mühlacker aus dem Jag abgefahren war, nach anderen Versionen soll er wegen ungenügenden Fahrtenbeweises herausgesprungen sein, und sich trotz schwerer Verletzungen noch in seine nahezu zwei Kilometer entfernte Wohnung geschleppt haben, von wo er ins Bezirkskrankenhaus überbracht wurde. Es ist kaum glaublich und nur der sehr kräftigen Natur des 25jährigen Mannes zuzuschreiben, daß er lebend heimkam. Er erlitt eine lebensgefährliche Stirnwunde, einen doppelten Bruch des Rosenbeins, einen Bruch des rechten Unterarms und Brust- und Rückenwunden. Der junge Mann wollte hier ein Geschäft kaufen und hat sich erst vor acht Tagen verlobt.

o.e. Rehl, 25. Febr. Von Ende März ab geht leider die Automobilfabrik zwischen Rehl und Rheinbörschheim ein. Auch von der Automobilverbindung über Willstadt nach Offenburg verläuft nichts mehr. Die Instandhaltung der Kraftwagen ist zu kostspielig.

o.e. Furtwangen, 25. Febr. Dem italienischen Vertreter der badischen Uhrenfabrik hier, welche seit 15 Jahren in Bilsland eine Zweigfabrik unterhält, wurde als Anerkennung für die Einführung der Uhrenfabrikation in Italien der Orden der italienischen Krone verliehen.

Radolfzell, 25. Febr. Die „Fr. St.“ berichtet: Eins vom Gemeinderat Eingen gegen den Redakteur unseres Blattes

einmal wurde auch ein Ueberfall auf sie ausgeführt, wobei zwei Soldaten schwer verwundet wurden. Die Ergebnisse der Riste brachten sehr wertvolle Aufschlüsse über den geologischen Aufbau der bis jetzt noch wenig erforschten Insel, deren Norden von dem mittleren und südlichen Teile in wesentlichen Punkten abweicht. Von Sumatra aus bezog sich Professor Holz noch nach Java, das er einige Wochen bereiste im wesentlichen auch zur Untersuchung der Lagerstätte des Rhyocanthopus bei Trinil.

Bermischtes.

Ein Veteran, der Wälder gelandt hat, feierte kürzlich in Gaienen im amerikanischen Staate Illinois seinen 107. Geburtstag. Johann Leonard Röder wurde, wie aus seinem Geburtschein zu ersehen ist, am 21. Januar 1800 in Wambersbach an der Donau in Württemberg geboren. In seinen jungen Jahren hat er die Schlacht von Waterloo mit ansehen können und noch heute erzählt er davon, wie oft er bei alten Marschall Bismarck gewesen und wie tief diese Erinnerung sich ihm eingeprägt habe. Ohne Abstinenzler zu sein, hat Röder sein hohes Alter erreicht; bis zu seinem 100. Jahre war er ein starker Raucher und noch heute erzählt er, trinke er alltäglich um 4 Uhr sein Glas Bier. Und er ist stolz darauf, nie in seinem Leben einen Arzt gebraucht zu haben.

Die Wölfe auf der Eifel. Nachrichten aus einzelnen Eifelstädtern zufolge machen die durch den strengen Winter in die Dörfer getriebene Wölfe sich in unangenehmer Weise bemerkbar. Der Meister Greup aus Eibensborn wurde, nach dem „Dolal-Anzeiger“, auf dem Heimwege vom Truppenübungsplatz Eibensborn den zwei Wölfen angefallen. Er rettete sich, indem er einen Baum bestieg, während die Wölfe unter ihm Wache hielten. Auf seine Hilfe eilten drei Soldaten von der Wache des Truppenübungsplatzes herbei, die ihn aus der fatalen Lage befreiten. Unterhalb Dann fiel ein Wolf ein Korrespondent an. Durch das Daywischenretzen mehrerer Landwirte wurden die Bestien verjagt. In den Ardennen zeigten sich keine Wölfe, die sich bis in die Einzelgehöfte zeigten.

eingereichte gerichtliche Klage wegen Beleidigung — auf Grund einer f. St. an den Gemeinderat gerichteten öffentlichen Antrage — ist vom Amtsgericht Koblentz zurückgewiesen worden.

Billingen, 29. Febr. Auf Veranlassung des Landesverbandsvorstandes, Herrn A. Hoffmann aus Mannheim, versammelte sich eine Anzahl hiesiger Hausbesitzer, um über die Gründung eines Grund- und Hausbesitzervereins zu beraten.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Liederabend von Karl Götz. Karl Götz veranstaltet Donnerstag, 11. April im Kasinoal einen Liederabend zu vollständigen Eintrittspreisen.

Eine Mannheimer Künstlerin im Jahr. Die „Lohrer Jg.“ schreibt: Der von Mitgliefern des Karlsruder Hoftheaters letzten Dienstag im Kasinoal zu Jahr veranstaltete Vertragsabend hat vollauf gehalten, was er versprochen: er bot eine schöne, genussreiche Stunde.

Hochschulrichtern. Prof. Dr. E. v. Kosen, Ordinarius der Mineralogie und Geologie, wurde zum Rektor der Universität Württemberg für das Jahr 1907/08 ernannt.

Sitzung des Vizepräsidenten

Oberbürgermeister Beck eröffnet um 8.20 Uhr die Sitzung. Das Kollegium ist beschlussfähig.

Der Vorsitzende gibt weiter bekannt, daß für die Verunglückten in Needen 1000 M. gestiftet worden sind. Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

Die Verlängerung der städtischen Rechnungen sowie des Rechnungsabschlusses der städtischen Sparkasse für 1905. Es wird beantragt, 26 Rechnungen behufs Abhör an die Abhörkommission verweisen zu wollen.

Stv. Dr. Gerard möchte den städtischen Rechnungsführer früher vorgelegt wissen. Die Abhör sollte auch nicht durch einen städtischen Beamten erfolgen.

Oberbürgermeister Beck bemerkt, die Ursache der Verzögerung, die diesmal beim Herauskommen des städtischen Rechnungsführers entstanden sei, sei bei der Revision insolge Geschäftsüberhäufung zu suchen. Er halte das Verfahren der Beamten nicht für richtig, aber er könne ihnen keine Verurteilung vorwerfen. Sie hätten eben andere dringende Arbeiten erledigt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard bemerkt, er habe keinen Vorwurf gegen die Beamten erhoben, sondern nur angefragt, worin die Ursache der Verzögerung liege. Bei dem früheren System seien auch Hindernisse verwendet worden.

Oberbürgermeister Beck bemerkt, seit der Forderung der Revision habe das Rechnungswesen um mehr als das sechsfache

zugenommen. Als die Stadt 50 000 Einwohner zählte, habe man das Material auf dem Handarren fortgeschaffen können. Jetzt brauche man einen Lastwagen dazu.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Volkswirtschaft.

Rheinwälderwerke, Mannheim. Unserer Besprechung des Geschäftsberichts im heutigen Mittagsblatt mögen noch folgende Vergleichsziffern nachgetragen werden: Die Kreditoren überstiegen mit M. 5 105 940, den vorjährigen Stand um ca. M. 100 000, die Debitoren haben dagegen mit M. 708 704, einen Rückgang um M. 117 000, erlitten.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

Stv. Dr. Gerard redet, daß nicht alle Einzelheiten geprüft werden könnten. Das sei auch nicht notwendig. Aber wo es notwendig sei, werde die Revision mit großer Gründlichkeit geführt.

zur Lage der Seifenindustrie. Die Aufwärtsbewegung der Rohmaterialpreise hat in den letzten Monaten weitere Fortschritte gemacht, während die Preise für Haushaltsseifen bei weitem nicht der Steigerung der Rohmaterialpreise folgen konnten.

Internationales Schienenartell. Wie man hört, ist nunmehr das Schienenartell auf erweiterter Grundlage unter Führung des Deutschen Stahlwerksverbandes und Beteiligung der Industrielländer Deutschland, Frankreich, Belgien, England und Nordamerika verlängert worden.

Die Wörmannlinie, die bisher zweimal monatlich sechs große Dampfer nach Smalopmund und Lüderichsicht expedierte, erklärt sich bei der ungenügenden Unterfertigung auf die Dauer nicht in der Lage, eine solche Dampferverbindung nach den Schutzgebieten aufrecht zu erhalten.

Todesfall. In Berlin ist der bekannte Textilindustrielle Ernst Vosselt gestorben. Vosselt, ein geborener Seibelsberger, Sohn des bekannten Professors, gründete die Firma E. Vosselt u. Co. in Brabford, die Firma Briggs, Vosselt u. Co. in Warrick, die Ringer A.-G. Textil Wiga, die Darschauer Teppichfabrik und die Salzerer Baumwollspinnerei.

Telegraphische Handelsberichte.

Nachrichtenübermittlung. Der Status der in Konturs gerathenen Bankfirma Kopp u. Co. in Luzern erweist sich als überaus unglücklich. Nach der Züricher Zeitung betragen die Passiven 1 567 123 Frs., denen an Aktiven nur 24 733 Frs. gegenüberstehen, darunter 12 200 Frs. verpfändete Werte und Rekonvaleszenzgegenstände.

Bankwirtsch. Creditanstalt. Der Bruttogewinn betrug 204 533 M. (l. J. 204 428 M.), der Reingewinn 140 011 M. (l. J. 204 841 M.). Die Dividende 28 500 M. = 4 pCt. (l. J. 28 500 M.).

Bankwirtsch. Creditanstalt. Der Bruttogewinn betrug 204 533 M. (l. J. 204 428 M.), der Reingewinn 140 011 M. (l. J. 204 841 M.). Die Dividende 28 500 M. = 4 pCt. (l. J. 28 500 M.).

Bankwirtsch. Creditanstalt. Der Bruttogewinn betrug 204 533 M. (l. J. 204 428 M.), der Reingewinn 140 011 M. (l. J. 204 841 M.). Die Dividende 28 500 M. = 4 pCt. (l. J. 28 500 M.).

Bankwirtsch. Creditanstalt. Der Bruttogewinn betrug 204 533 M. (l. J. 204 428 M.), der Reingewinn 140 011 M. (l. J. 204 841 M.). Die Dividende 28 500 M. = 4 pCt. (l. J. 28 500 M.).

Bankwirtsch. Creditanstalt. Der Bruttogewinn betrug 204 533 M. (l. J. 204 428 M.), der Reingewinn 140 011 M. (l. J. 204 841 M.). Die Dividende 28 500 M. = 4 pCt. (l. J. 28 500 M.).

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Februar.

Abg. Passermann (natlib.):

Seit Jahrzehnten ist es Verlangen der Partei gewesen, die erste Etatsberatung zu einer Besprechung der gesamten politischen Lage auszugestalten. Nach unersetzlich wird auf die Vorgänge, die bei der letzten Wahl in die Erscheinung getreten sind, eingegangen werden.

ein nationaler Wind

wehte. Nachdem der Reichstag über seine Meinung im Wahlkampf keinen Zweifel gelassen hat, mußte die Thronrede von diesem Hand durchweht sein. Man wird feststellen müssen, daß der Zweck der Auflösung des Reichstages vollkommen erreicht ist: die Mehrheit vom 13. Dezember hat sich in eine Minderheit verwandelt.

Der Wahlkampf hat gegen die Sozialdemokratie entschieden, sie hat fast die Hälfte ihrer Mandate eingebüßt. Ich gebe Ihnen (zu den Sozialdemokraten) zu, daß auch aus ihrer Niederlage überaus viel gelernt ist. Wenn wir auf der anderen Seite gesehen haben, daß die extraparlamentarischen Hoffnungen auf Schwächung der Zentrumspartei nicht in Erfüllung gegangen sind, so weiß ich darauf hinzu, daß wir nach genauer Berechnungen, wie sie z. B. der Abg. Raumann angestellt hat, gar nicht darauf rechnen können, dem Zentrum eine größere Anzahl Sitze zu entreißen.

Ein Reihe Mandate hat die Zentrumspartei in den Reichstagen durch das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie erungen. (Sehr richtig! rechts und bei den Liberalen, Gelächter im Centrum.) Ich weiß nicht, wie Sie über eine so klare Tatsache lachen können. (Sehr richtig! rechts und links.) Auf den Streit mit den Nationalliberalen will ich nicht eingehen, diese hässlichen Streitigkeiten überlasse ich den Herren selbst. Wir begnügen uns damit, daß nunmehr das Resultat der Wahlen dahin steht, daß für „nationale“ Fragen heute eine Mehrheit aus Konservativen und Liberalen vorfindbarer Staatstungen vorhanden ist, sobald die Regierung in diesen Fragen nicht mehr auf das Centrum angewiesen ist. (Rechtliches Bravo rechts und links.) Das ist die Quintessenz der Wahl.

Auf die Ausführungen des Abg. Epah erwidere ich, daß ich immer nur behauptet habe, daß für diese Fragen die neue Mehrheit zusammengehen wird. Diese Behauptung wird hoffentlich das eine Ergebnis haben, daß wir künftig von dem zum Ueberdruß gewordenen Nebenregierung, von der Aufriehung eines caudinalen Joches, Hintertreppenspolitik usw. nichts mehr hören werden. (Rechtliches Bravo rechts und links, große Kräfte im Centrum und Unterdrückungen bei den Soz.) Die Kritik über diese Vorgänge ist nicht nur in nationalliberalen Zeitungen, vor allem in den linksliberalen Blättern sehr scharf gewesen, und selbst der „Vorwärts“ hat in einer Reihe von Artikeln den Fall Roeten und seine

Abfälligkeit durch den Kolonialdirektor behandelt. Ich glaube, daß die Reumacht hiermit endgültig aufgeräumt hat, das werden auch die Herren vom Centrum mit Freuden begrüßen. (Gelächter im Centrum.)

Bei der Präsidentenwahl sind meine politischen Freunde und mit ihnen die Konservativen und die übrigen liberalen Parteien der Ansicht gewesen, daß dem neuen Reichstag des Reichstages auch ein neuer Präsident entsprechen müsse, und daß es im Volke nicht verstanden wäre, wenn wir angesichts der Niederlage der Mehrheit vom 13. Dezember wiederum einen Präsidenten aus der Zentrumspartei gewählt hätten. (Sehr richtig! rechts und links.) Das ist eben der Ausdruck der Mehrheit des Reichstages und das ist auch im Volke verstanden worden, wie aus Hunderten von Randbemerkungen zu sehen.

Auf die kolonialen Fragen will unsere Partei erst beim Kolonialetat eingehen. Wir bleiben dabei stehen, daß die Veranlassung der Auflösung vom 13. Dezember in der Bewilligung unangenehmer Mittel, nicht der vollen Zustimmung

der Reichstages liegt. Ich glaube, daß die Reumacht hiermit endgültig aufgeräumt hat, das werden auch die Herren vom Centrum mit Freuden begrüßen. (Gelächter im Centrum.)

Bei der Präsidentenwahl sind meine politischen Freunde und mit ihnen die Konservativen und die übrigen liberalen Parteien der Ansicht gewesen, daß dem neuen Reichstag des Reichstages auch ein neuer Präsident entsprechen müsse, und daß es im Volke nicht verstanden wäre, wenn wir angesichts der Niederlage der Mehrheit vom 13. Dezember wiederum einen Präsidenten aus der Zentrumspartei gewählt hätten. (Sehr richtig! rechts und links.) Das ist eben der Ausdruck der Mehrheit des Reichstages und das ist auch im Volke verstanden worden, wie aus Hunderten von Randbemerkungen zu sehen.

Auf die kolonialen Fragen will unsere Partei erst beim Kolonialetat eingehen. Wir bleiben dabei stehen, daß die Veranlassung der Auflösung vom 13. Dezember in der Bewilligung unangenehmer Mittel, nicht der vollen Zustimmung

Die Regierung für unsere Truppen verlangt, gelegen hat. Der Reichstag hat dem Abg. Spahn nicht. Selbstverständlich kehrt jeder Streit aus, wenn der Reichstag sich mit einem Abtritt an einer Regierungsforderung einverstanden erklärt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir begrüßen die Ankündigung in der Rede, die sich auf die Kolonien bezieht, den Hinweis darauf, daß die kaiserliche Armee in unseren Kolonien überhand nimmt, und daß wir demnach auch mit der Rückführung unserer Truppen zu rechnen haben werden. Wir begrüßen die Wiederbringung aller Forderungen, die im vergangenen Jahre abgelehnt wurden. Summa der Reichskolonialpolitik. Wir erachten es in der Tat für dringend notwendig, daß diese neue Zentrale für die Kolonialverwaltung unter Abtrennung vom Reichsamt errichtet wird, ferner die Wiederbringung der Bahn nach Neumansdorf, und der Antikolonialpolitik. Endlich schließlich, und dem Danke für die tapferen Truppen an, die im Weltkrieg für uns gekämpft haben, unter Ausprägung ihres Lebens, im Kampfe gegen die ausländischen Völker gestanden haben (Lebhafte Zustimmung) und die durch ihre Energie und die enormen Strapazen, die sie im Kampfe erdulden mußten, den Dank des Vaterlandes verdienen haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf die Ausführungen des Abgeordneten Spahn über die Wahlbewegung

eingebend, beginnt ich mit dem Flottenverein. Ich meine, daß die bisherige Agitation (große Unruhe und schallendes Gelächter im Zentrum und bei den Soz.) des Flottenvereins ist nichts gegen die ungeheuren Maßstäbe, die Sie (zum Zentrum) in der Hand haben. (Lebhafte Zustimmung. Große Unruhe im Zentrum.) Man denke an die direkte Beeinflussung der Wähler durch die Kirche. Es steht ja auch fest, daß wir ganz unabhängig von der Kritik des Flottenvereins die Vorzüge der Regierung geprüft haben. Wir haben und durch die Agitation des Flottenvereins, die ja feinerzeit weit mehr verlangt als die Regierung, nicht bestimmen lassen, sondern haben dem Staatssekretär das Vertrauen geschenkt, daß er die Flotte ansehnlich zu entwickeln wissen werde. Aber

der Flottenverein

ist ein vortrefflicher Verein. (Lachen bei den Soz.) Auch eine ganze Menge von Zentrumsleuten waren seine Mitglieder und sind es wohl noch heute. Er mußte gegründet werden zur Aufklärung unseres Volkes, und in dieser Richtung hat er segensreich gewirkt. Ob der Generalstimme sich Ueberheblichkeiten des Programms des Flottenvereins hat zu Schulden kommen lassen, das zu untersuchen, wird doch Woche des Flottenvereins selbst sein, und ich bin überzeugt, ein Kritik wird es dort nicht fehlen. Ich meine aber eine: die ganzen Briefe, die im "Bayrischen Courrier" erschienen sind, sind zweifellos gefälscht. (Lebhafte Zustimmung rechts und links.) Die Fälschung der beiden Briefe, die in Frage kommen, ist auch klar erwiesen, freilich befinden sie sich heute in Sicherheit im Ausland. Ich frage: wo soll unter öffentlichen Leben hinkommen, wenn ein Verlogen, wie der "Bayrische Courrier", solche Briefe, die durch eine feindselige Handlung in seinen Besitz gekommen sind, veröffentlicht? (Lebhafte Zustimmung rechts und links.) Das könnte ja unter Umständen Schade machen. (Ermüdete Zustimmung.) So kann man ja eine ganze Menge Leute dazwischen. Ich für meine Person halte ein solches Verhalten für

eine Gemeinheit.

(Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte einmal die Herren vom Zentrum fragen, wenn z. B. die Wahlkorrespondenz des Herrn Müller-Juba von einem nationalliberalen Parteimitglied, etwa von dem nationalliberalen Korrespondenten veröffentlicht würde, ob die Herren dann nicht sagen würden, das ist eine Gemeinheit! (Sehr gut!)

Dem Kolonialdirektor sind wir zu Dank verpflichtet, daß er durch seine öffentlichen Vorträge, die ja auch im Druck erschienen sind, aufklärend gewirkt hat. Ich meine, man sollte das auch weiterhin nicht verhehlen, im Wahlkampf in dieser aufklärenden Art tätig zu sein. Man kann es doch nur dankbar begrüßen, wenn in einem Wahlkampf Klipp und Klar gelangt wird, welche leitenden Gesichtspunkte für die Fortführung der deutschen Politik maßgebend sein sollen.

Angelächert, wie die des Flottenvereins, werden wir in Zukunft nie wieder gar nicht mehr in dem bisherigen Umfange brauchen. Material wird uns jetzt schon von den sozialdemokratischen Blättern reichlich geliefert. (Lachen bei den Soz.) Solches bieten insbesondere die Artikel von Kallner und Bernheim, die in der Februarnummer der "Sozialistischen Monatshefte" erschienen sind. Beide Herren waren ja offizielle Kandidaten der Sozialdemokratie, und Herr Bernheim war ja bis zur Auflösung auch noch Mitglied des Reichstages. Ich möchte einige kurze Pläne aus diesen Artikeln verlesen, um zu zeigen, wie auch in den Reihen der Sozialdemokratie, allerdings in solchen, die sich von der Historie abheben abzuwenden (Gruß an die Soz.) Ich war nie Historiker. — Nach rechts und links, die Richtung unserer Politik anerkennen wird. In dem Kolonialartikel heißt es, daß eine Verringerung in den Lebensverhältnissen der Arbeiter eingeleitet sei. Das ist daselbst, was auch wir immer behauptet haben. Dann wird weiter gesprochen von den schwarzen Silber, die an die Hand gemalt worden seien aus Anlaß des neuen Postgesetzes. Wir würden überhaupt keine Handelsverträge bekommen also. Demgegenüber wird in dem Artikel festgestellt, daß wir die Handelsverträge bekommen haben, daß der Verkehr gedeiht und der Handel mit dem Auslande aufgenommen hat. Auch über die Kolonialpolitik spricht der Artikel, der starke Bevölkerungszuwachs Deutschlands wird betont, und es wird gesagt, anstatt seiner dürfe der Unternehmer nicht zu Hause bleiben. Es wird dann gesagt, daß die Sozialdemokratie zum Anwalt des Auslands werde. Endlich wird auch in anderer Form der Terrorismus, den wir an der Sozialdemokratie so oft getadelt haben, zugegeben. Es wird gesagt: In unserer eigenen Partei hat sich eine Orthodoxie entwickelt, die im 20. Jahrhundert geradezu Erscheinungen hervorruft. In ähnlicher Form urteilt Bernheim. Er meint, die Ausführungen des Kolonialdirektors seien noch harmlos gegenüber solchen Uebersetzungen wie der, daß alle deutschen Kolonien nur Sandbüchsen seien. (Hört, hört!) Es wird dann die verteilte Pflichtenverteilung getadelt, und es wird betont, daß das Deutsche Reich einige Millionen für solche Kulturzwecke jährlich zur Verfügung haben müsse. Diese Ausführungen werden sich nicht schlecht mit denen, die wir hier im Reichstage von sozialdemokratischer Seite gehört haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden also künftig die Angelegenheit des Reichstages gar nicht mehr so notwendig brauchen. Wir entnehmen sie künftig den sozialdemokratischen Zeitungen. (Weiß!)

Kun hat der Abg. Spahn über den

Toleranzantrag

gesprochen. Ich habe mich in meiner politischen Tätigkeit immer frei gemacht von kulturkampflichen Reigungen; ich bin überzeugt, daß gerade der Kulturkampf erst dem Zentrum die großartige Organisation verschafft hat, die es besitzt. (Sehr richtig!) Ich gebe namens meiner Partei die Erklärung ab, das Bestreben, von Staatswegen in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche einzugreifen, weisen wir vollständig von der Hand. Wir wollen daselbst, was Herr Spahn verlangt hat: die Katholiken sollen nach eigener Uebersetzung leben und sterben können, genau wie die Angehörigen anderer Konfessionen auch. Ich meine aber, wenn die Herren vom Zentrum keine Erklärung über Kirchenpolitik wünschen, so haben sie das ja in der Hand; sie brauchen bloß den Toleranzantrag nicht mehr einzubringen. (Lebhafte Zustimmung.) Oder, sofern mit ihren allgemeinen Klagen über schlechte Behandlung der Katholiken in einzelnen Bundesstaaten, wie in Westfalen, Sachsen, noch nicht aufgeräumt ist, dann sollten sie den Antrag wenigstens auf seinen ersten Teil beschränken. Der zweite Teil greift in die Souveränität und Selbstständigkeit des Staates ein und ist für uns schon deshalb nicht zu billigen. Wenn vom Zentrum so sehr die Unverletzlichkeit betont wird, die es in nationalen Fragen besitzen habe, so sind auch wir weit entfernt davon, zu behaupten, daß wir nicht das Zentrum um einen großen Teil unserer Gesetzgebung Verdienste erworben habe, wenn aber vom Zentrum be-

hauptet wird, die nationalliberale Partei habe im Jahre 1870 unter Führung Bennigens in einer nationalen Frage verlangt, so muß ich dem entschieden entgegenstellen. Die Einführung des Schulpflichtes in Deutschland war doch eine rein wirtschaftliche Frage. Damals waren die Gegensätze zwischen Erbkampf und Handel sehr stark, auch in meiner Partei. Es wäre vielleicht besser für die nationalliberale Partei gewesen, wenn sie sich rechtzeitig auf den Standpunkt gestellt hätte, den sie heute einnimmt. Aber der Vorwurf, der hier erhoben wurde, trifft sie nicht. Im übrigen war es doch auch mit dem Zentrum in nationalen Fragen, in Dingen der Heeresverfassung nicht immer so wie seit 1890. Ich verweise auf die Ausführungen von 1887 und 1893.

Ein paar Worte jetzt über

Wahlbündnisse.

Es ist ohne weiteres klar: es gibt auch unter den Nationalliberalen eine Reihe von Leuten, die das Zentrum für eine größere Gefahr halten als die Sozialdemokratie. Aber es steht fest: durch die nationalliberale Partei ist kein einziger Zentrumsabgeordneter an die Sozialdemokratie ausgeliefert worden. (Widerspruch im Str. Jurist. Saal.) Von der höchsten Parteileitung habe ich die telegraphische Bestätigung, daß auch dort keinerlei Verhandlungen mit der Sozialdemokratie gepflogen sind. Dagegen ist in den Kreisen, wo das Zentrum bei Wahlen zwischen dem Nationalliberalen und den Sozialdemokraten den Ausschlag gab, der Nationalliberale infolge der Unterstützung, die die Sozialdemokratie durch das Zentrum fand, unterlegen. (Sehr richtig!) Dieses planmäßige Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie stimmt nicht überein mit den Versicherungen, daß es als eine Verständigung am Vaterlande und an der Religion erachtet werden müsse, wenn ein Zentrumsmann für den Sozialdemokraten stimmt. (Redner zählt die Wahlkreise auf, die durch Schuld des Zentrums der Sozialdemokratie zugefallen sind.)

Ich wende mich nun zu den neuen Aufgaben, die an uns herantreten. Die neue Lage, welche durch die Zurückdrängung der Sozialdemokratie geschaffen worden ist, stellt uns gewisse Notwendigkeiten

Sozialreform und die Mittelstandspolitik

wieder in den Vordergrund unserer Aufgaben. Der beste Beweis dafür liegt ja schon in der großen Zahl von Initiativanträgen aller Parteien, die sich auf diesem Boden bewegen. Ich begrüße das Bekenntnis der Krone zur Sozialreform und ich begrüße ferner auch die Ausführungen, die der Reichskanzler in seinem Briefe an das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller gemacht hat. Daß gerade diesem Verbande gegenüber der Reichskanzler sein Programm entwickelt, weist doch gerade darauf hin, daß der Reichskanzler sich auch diesem Verbands gegenüber der Forderung hingibt, daß auch dort Verständnis für eine positive Sozialreform vorhanden sei, und daß man (Karlshausen) Projekte, um sich auszubreiten, nicht bezogeln wird.

Sehr richtig ist es, daß wir in der verflochtenen Legislaturperiode verhandelt werden mit Dingen, wie etwa einem Umstrukturierung oder einer Justizreform. Das Resultat der letzten Wahl, daß es uns gelungen ist, das Vertrauen von tausenden von Arbeitern zurückzugewinnen, muß dahin führen, unter keinen Umständen die letzte gesunde Entwicklung durch solche Vollzeigesetze zu durchbrechen, die nur den Erfolg haben können, die Genossen enger zusammenzuschließen und in anderen Kreisen Mißtrauen zu säen. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird ja selbst von sozialdemokratischer Seite zugestanden, daß eine Menge von Arbeitern, wie es dort steht, wieder an die Kandidaten des Kapitalismus abgegeben seien. (Gruß an die Soz.) Ich möchte hier auch den Reichstagen des Innern die ganze Sozialreform und Mittelstandspolitik allein auf seine Schultern nehmen können. Die Sozialreform des großen Volkswohls hat ja in diesem Hause seit Jahren Vertrauen gefunden, sie hat aber den Eindruck erweckt, als ob die Projekte, die er uns bringt, nicht seiner ursprünglichen Meinung entsprechen, sondern daß seine weitergehenden Pläne sich haben paaren müssen mit entgegenstehenden Auffassungen, die in Versehen zur Geltung kamen, und daß dann aus dieser Paarung solche Mißgebilde entstanden, wie es z. B. der Entwurf über die Berufsvereine ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte wünschen, daß man anerkünde, daß der letzte Wahlresultat, die uns zeigen, daß wir einen Einfluß auf Arbeiterkreise gewonnen haben, und in Zukunft ein solches Geleit nicht mehr bringt. Es ist eine schlechte Politik, wenn man ein Gesetz über die Berufsvereine macht, das schließlich keinen einzigen Arbeiter zufriedenstellt. Ich sollte meinen, auch die Ministerien von Preußen und Sachsen dürften sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß solche Gesetze geboren werden müssen aus freilichem Geiste heraus. (Lebhafte Zustimmung.) Aber nicht aus einem Geiste, der die Arbeitervereine durch Vollzeigesetze reglementieren und überbieten will. Die freie Betriebsrätepolitik muß in dem Geleit garantiert sein. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben überdies den Antrag eingebracht auf Einführung eines Reichsarbeitsamtes unter gleichzeitiger Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ferner einen Antrag auf Einführung von paritätischen Arbeitsräten. Ich möchte hoffen und wünschen, daß es uns gelänge, wenn nicht in dieser Session, so doch in der kommenden, die Aufgaben zu lösen. Nun noch ein weiteres kurzes Wort zur Sozialpolitik. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß der Staat seine Sozialpolitik nicht einseitig treiben kann für den Industriearbeiter, sondern daß er an alle die breiten Schichten denken muß, die im heutigen Daseinskampf nicht mehr recht vorwärts kommen können. Wir erhoffen die Wiederholung des Gesetzes zum Schutze der Bauhandwerker und die demnach folgende Einbringung eines Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb.

Den Ausführungen des Abg. Spahn über

die Lage unserer Beamten

kann ich nur zustimmen. Für die Privatbeamten liegt eine Weisung vor, die uns in den nächsten Tagen beschäftigen wird. Wir werden gemeinsam mit anderen Parteien noch weitere Anregungen nach dieser Seite hin geben. Und auch im Laufe der letzten Wochen nicht nur Zuschriften, sondern auch genaue Berechnungen über Budgets kleinerer und mittlerer Beamten zugegangen, aus denen hervorgeht, daß sie ohne Gehaltsverbesserungen in Verfallung geraten müssen. Meine politischen Freunde werden sich auch hier die Bewilligungen angemessener Forderungen aneignen sein lassen.

Man begnügt häufig der Behauptung, daß das Reichstagswahlrecht angefaßt werden solle. Wir haben uns solchen Behauptungen immer entgegengestellt. Das ist ein Versuch der Verfassung. Und wer sich diesem Verfassungsbruch nicht entgegenstellt, der steht außerhalb des nationalliberalen Programms. Im übrigen muß die Sicherheit des Wahlgheimnisses besser ausgefaßt werden. Deshalb haben wir unter Antrag aus der vorigen Session wieder eingebracht. Ich möchte dem Reichskanzler anheimgeben, ob es nun unter dem Eindruck dieser Wahlen nicht eine freibilligere Gestaltung des Vereins- und Versammlungsrechts eintreten lassen wird. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Die letzte Wahlbewegung hat den Beweis erbracht, daß große Massenbewegungen nicht durch Vollzeigesetze, sondern nur durch organische Reformen bekämpft werden können. Daß die Zustände in unseren Vereinen- und Versammlungsrecht durchaus unzulänglich sind, daß die Bestimmungen beispielsweise über das soeben Segment in Frauenversammlungen dem Rechte der Nächsten nicht anheimfallen. Daß es vollständig rückständig ist, daß die Frau hier (Sticht) dastehet als der Mann, darüber ist man sich in weiten Kreisen unseres Volkes vollständig einig. Ich glaube, es wäre jetzt der geeignete Zeitpunkt für die so weit hinaufgeschobene Aufgabe einer freibilligeren Gestaltung des Vereins- und Versammlungsrechts. (Weiß!)

Wir haben den Eindruck, daß auch die Reichs-Justizreform in sehr langamer Weise vorwärtet. Drei Jahre sind wir hier in einer Kommission tätig gewesen. Ob die einzelnen

Beschlüsse zu den einzelnen Paragraphen beizubringen oder nicht beizubringen, ist ganz gleichgültig. Die Vorarbeiten liegen jedenfalls in vollem Umfange vor. Wenn der Regierung ein Bescheid nicht genügt ist, mag sie einen anderen machen. Aber es ist dringend zu wünschen, daß diese Materie so früh wie möglich abgeschlossen wird. Ich möchte dem Herrn Staatssekretär anheimgeben, im Laufe dieser Beratungen über den Stand dieser Vorarbeiten hier Auskunft zu geben. Dasselbe gilt von der Reform des Vollzeigesetzes. Abg. Schiffer hat neulich im Abgeordnetenhaus in einer sehr guten Rede auf eine ganze Menge unzulässiger Zustände hingewiesen, auf das Hinausschieben der Gesetzgebung, die hohen Gerichtskosten usw. Auch diese Reform ist dringend.

Wir begrüßen die Ankündigung der Krone über die Friedensverhandlungen.

Das hat auch im Auslande einen guten Eindruck gemacht. Wenn man die Auslandsverhältnisse verfolgt, muß man sagen, daß die deutschfreundlichen Kreise auf einen harten Beschlag der Sozialdemokraten gerechnet haben. Sie hegten die Hoffnung, daß durch die starke sozialdemokratische Bewegung nach und nach die Verhältnisse in dem Innern unseres Vaterlandes ins Schwanken geraten. Solche Dinge werden im Auslande mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Wahlen sind anders ausgefallen, und darauf hat das Ausland sehr geschaut. Daß diese Wahlen nun einen imperialistischen Charakter gehabt haben, davon kann gar keine Rede sein. Allerdings weiß die Sozialdemokratie das Ausland auf solche Gedanken hin, so daß z. B. Dinge unterstellt werden, wie, daß wir die Truppen in Afrika nur deswegen zurückziehen, weil wir England damit mit unserer Flotte stärker an den Hals können. (Unruhe bei den Soz.) Das wollen Sie (zu den Soz.) mit ein paar Tausend Mann machen. (Große Heiterkeit.) Sie wollen doch, wieviel Truppen wir besitzen haben, und daß sie kaum genügen, um unser Schutzbereich im Norden, im Süden und in der Mitte zu sichern. Wir wollen keine ausstehende Weltmacht, wir treiben auch keine Eroberungspolitik, sondern wir wollen die friedliche Weiterentwicklung der Dinge, allerdings auch keine Rosenkranz von anderen Nationen. (Sehr richtig!) Wir wollen sie nicht in das Maß unserer Kräfte hineinblenden lassen, das müssen wir schon selbst wissen, was wir brauchen. Im großen und ganzen ist die beste Waffe des Friedens ein hartes Gees, das bei der Entwicklung in Deutschland gezeigt, und eine genügende Flotte. Frauen vor uns über die Tatsache, daß das deutsche Volk bei den Reichswahlen gezeigt hat, daß es in nationalen Fragen nicht mit sich haben läßt. (Lebhafte Zustimmung rechts und links, Unruhe im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte noch ein Schlusswort über

das gute Resultat dieser Wahlen

sagen. Zwei Punkte haben sich da mit Deutlichkeit gezeigt. Zunächst, daß das deutsche Volk sich für die Kolonialpolitik in einer Weise interessiert hat, wie das in den 25 Jahren nicht möglich war. Bayern, Sachsen usw. ist die Bedeutung der Kolonialfrage von allen Seiten nachgefragt worden, und sie haben den Beweis geliefert, daß sie so intelligent sind, sich den richtigen Rat davon herauszusuchen. (Gedächtnis bei den Soz.) Der Appell an unser Volk hat einen sehr großen Erfolg gehabt. Nun wird der Kolonialdirektor von den Soz. in der Tat den Boden für eine intensive Kolonialpolitik nach jeder Richtung bereit finden. Wir hoffen, daß Handel und Industrie für die Ausföhrung unserer Kolonien jetzt in ganz anderer Weise herangezogen werden. Ich glaube auch, daß der Kolonialdirektor, wenn er in seinem Werte fortfährt, Erfolg auszuweisen haben wird.

Dann ein zweites, was diese Wahlbewegung hervorgerufen hat: Der nationale Sinn der Arbeiter ist zum erstenmal mit großer Regung in der politischen Arena erschienen. Ich habe den Eindruck, daß diesen nationalen Arbeiterorganisationen die Zukunft viel eher gehören wird als den Sozialdemokraten. (Sehr richtig! recht und in der Mitte. Gedächtnis bei den Soz.) Ich bin auch der Meinung, daß die Partei diesem Reue, was durch die nationale Arbeiterbewegung hervorgerufen ist, wird entgegen können, daß jede Partei genötigt sein wird, dem Gedanken, der vor Jahren von dem Kaiser ausgesprochen worden ist, auch Arbeiter ins Parlament zu entsenden, Rechnung zu tragen, auch die nationalliberale Partei. (Zuruf im Zentrum: Wal!) In Würdigung! Das es uns möglich war, dieses Resultat zu erzielen, das ist darauf zurückzuführen, daß das Bürgerium sich gesammelt hat, daß endlich auch einmal der Opfermut auf finanziellem Gebiet sich gezeigt hat. (Sehr gut! b. d. Natl.) — Wir sehen vor der Tatsache, daß die Sozialdemokratie mehr als 8 Millionen Stimmen aufgebracht hat, daß wir nicht auch ein absehbarer Zuwachs verzeichnen ist. Das ist naturgemäß eine Warnung an die bürgerlichen Parteien, in ihrer neuen Tätigkeit nicht zu erlahmen. Jetzt ist auch der Glaube von dem unaussprechlichen Aufsteigen der Sozialdemokratie dahin. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Damit ist aus dem Bürgerium ein gut Teil Bestimmtheit hervorgegangen, der lange auf ihn geruht hat. (Unruhe b. d. Soz.) Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß gerade die großen Industriehäuser von der Sozialdemokratie haben gerettet werden müssen. Das Direktorium hat gesehen, daß, wenn es einig ist, es durch Steigerung der Wahlbeteiligung in der Lage ist, zu liegen. (Zuruf von den Soz.: Regierungsdigitalion!) Ich will diesen Bestimmungsdigitalion! (Schallende Heiterkeit im Zentrum und bei den Soz.)

unausfalltame, rastlose Tätigkeit des Bürgeriums,

nicht Regierungsdigitalion ist es gewesen. (Bravo! rechts und in der Mitte. Große Unruhe im Zentrum und b. d. Soz.) Das Volk hat durch diese Wahl ausgesprochen, daß es in einer wichtigen nationalen Frage keinen Vorwand gegeben hat. Und wie bedeutsam dem Volk diese Fragen scheinen, das beweist die harte Wahlbeteiligung, das Ansehen der Wähler bis über 85 Prozent. Das war aber nicht der Abzug der Bevölkerung, wie die Sozialdemokratie geschrieben hat, auch nicht die "jungen Kerle" — (Junge Kerle gibt es ja in Deutschland gar nicht! Große Heiterkeit!) — sondern die Leute, welche die Bedeutung dieser Wahl begriffen haben, zum Teil auch der Jern gegen das Zentrum. (Sehr richtig!) In der Entwicklung, wie sie nunmehr hinter uns liegt, liegt die hohe Bedeutung der nunmehr abgeschlossenen Wahlen, die dem Reichstag ein ganz anderes Bild gegeben haben. Und geben die Wahlen die Gewähr, daß unser Volk auch in schweren Zeiten überall da, wo nationale Fragen aufgeworfen werden, sich um die Reichsflagge scharen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Der Abg. Spahn hat sich im zweiten Teil seiner Ausführungen mit meiner Stellung zum Zentrumspartei beschäftigt. Im Laufe der letzten Jahre ist mir oft von Liberalen, hier und da auch von konservativer Seite übertriebene Einseitigkeit zum Zentrumspartei vorgeworfen. Heute ist mir aus den Reihen der Zentrumspartei, ist mir von dem Führer der Zentrumspartei vorgekommen worden, daß ich gerade diese Partei brüskiert hätte. Ich will mich über

meine Verhältnisse zur Zentrumspartei

ganz offen aussprechen: Ich mache auch heute kein Verstehen, daß ich lange und eifrig bestritt gewesen bin, die Mitwirkung der Zentrumspartei für große Aufgaben unserer nationalen Politik zu gewinnen. Das waren von mir nicht nur taktische Erwägungen, das war meine Pflicht gegenüber dem Lande. Wie die Parteiverhältnisse im Reichstage lagen, gab es keine andere Möglichkeit, fruchtbarer innere Politik zu machen. (Sehr richtig!) Das Zentrum bildete am 13. Dezember auch mit der Sozialdemokratie eine feste Mehrheit; ich hätte aber mal die Politik sehen mögen, die man auf dieser Mehrheit gemacht hätte. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Auch mit anderen Parteien bildete das Zentrum eine Mehrheit. Mit dieser Mehrheit bestimmte gesetzgebende Aufgaben zu lösen, bin ich beehrt gewesen. So habe ich im Reichstage den Ausbau der deutschen Flotte er-

möglich, so habe ich den Jollissatz, die Handelsreform, die Dräcker Revision, die Reichsfinanzreform, in Preußen die Kanalvorlage und die Bergarbeiternovelle zustande gebracht. Das Versteht über meine Hingabe zum Zentrum war ebenso richtig, wie die Behauptung von meiner Abhängigkeit von der Zentrumspartei. Ohne eine innerlich homogene Mehrheit läßt sich keine programmativische Politik treiben; ohne eine solche lassen sich nur bestimmte Fragen von Fall zu Fall lösen. Das habe ich getan, nicht, wie man es mir hier und da vorgeworfen hat, als labierender Diplomat, sondern als praktischer Staatsmann. Es war ganz selbstverständlich, daß ich versuchte, so lange es ging, mit der Mehrheit zu regieren, die für nationale, das heißt im Interesse des Ganzen liegende Zwecke vorhanden war, und daß sich diese Mehrheit in den Dienst solcher Zwecke gestellt hat. Ich erkenne auch weiter durchaus an, daß das Zentrum mitgewirkt hat bei solchen Aufgaben, und daß es geschloffen hat, sie in einer Weise zu lösen, die im Interesse des Landes lag — bis zu dem Tage, wo sich das Zentrum nicht nur getrennt hat von den anderen bürgerlichen Parteien, mit denen zusammen es so große Aufgaben gelöst hatte, sondern wo es die Regierung gezwungen hat, den Reichstag aufzulösen. (Sehr richtig.) Denn mein Zusammengehen mit jeder Partei hat eine bestimmte Grenze. Ich habe auf sie hingewiesen, als ich mal im Landtag, ich glaube im Abgeordnetenhaus, sagte, daß ich in nationalen Fragen keinen Spieß verlor. Ich gehe mit jeder Partei, die die großen Ziele achtet, ohne welche das deutsche Volk in der Welt kein Ansehen und seinen Namen nicht behaupten kann. Wird dagegen gesündigt, so hört bei mir die Gemächlichkeit und bei der Regierung das Zusammengehen auf. Der Einfluß, die Macht einer Partei wäre zu einer Gefahr für die anderen, sie wäre zu einer Plage für das Land, wenn sie mißbraucht würde. Und solch Mißbrauch liegt nicht einmal im Interesse der Partei, die ihn ausübt, denn dann heißt es auch: Treue erzeugt Gegenbruch, und selber oder später stellt sich der Rückschlag ein. Das Zentrum hat seine ausschlaggebende Stellung nicht mit demjenigen Rang von Reifung und Selbstbeherrschung benutzt, die für eine Partei Vorkindung dauernden Einflusses ist. (Sehr richtig! Widerspruch im Zentrum.)

Meine Herren, wie ist es zu dieser Krise gekommen? Auch darüber hat sich der Abgeordnete Spahn verbreitet. Ich will Ihnen meine Auffassung der Dinge darlegen, die von derjenigen des Führers der Zentrumspartei allerdings in wesentlichen Momenten abweicht. Als ich — es war ja wohl noch im November — diesem hohen Hause den neuen Kolonialdirektor vorstellte, habe ich die in der Kolonialverwaltung begangenen Fehler und Irrtümer offen eingestanden, ich habe nichts vertuscht, ich habe gesagt, daß die zur Strafe gebrauchten und wirklich vorgefallenen Mißstände streng untersucht und unmissverständlich geahndet werden sollten; ich habe der bestimmten Absicht Ausdruck gegeben, Wandel und Besserung zu schaffen. Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich auf die Mitwirkung dieses hohen Hauses rechnete, damit auch eine vorübergehende, vielleicht notwendige, aber sehr unerquickliche und auf die Dauer dem Prestige des Landes schädliche

Periode eines ununterbrochenen Wählens schmutziger Wäsche endlich eine Zeit ruhiger, positiver und fruchtbarer Arbeit in unserer Kolonialverwaltung folgen könnte. Ich hätte damals den Eindruck, daß dieser mein Appell einer verständnisvollen Aufnahme begegnet würde. Da kam der Zusammenstoß zwischen dem Kolonialdirektor und dem Abgeordneten Kroen. Das es dazu kam, möchte mich deshalb in hohem Grade überraschen, weil auf meine Veranlassung und in meinem Beisein der Kolonialdirektor zwei hervorragenden Führern der Zentrumspartei den ganzen status causae, die begründeten Beschwerden und die berechtigten Erwartungen der Kolonialverwaltung dargelegt habe. (Hört, hört!) Ich war überzeugt, daß nach dieser lokalen Aussprache die Zentrumspartei die Fortführung einer ruhigen und verständigen Kolonialpolitik nicht weiter fördern würde. Diese meine Erwartung hat sich nicht erfüllt. Der Abg. Kroen ging gegen den Kolonialdirektor in einer in der Sache nicht begründeten, in der Form maßlosen Weise vor. (Sehr richtig! und Widerspruch im Zentrum.) Am Tage nach diesem Zusammenstoß bin ich hier erschienen und habe in erhellten und klaren Worten seinen Vorwurf darüber gelassen, daß ich hinter dem Kolonialdirektor stünde, der auf meine Weisung hin gehandelt habe. Ich habe es mir zuletzt für ausgeschlossen gehalten, daß mich die Zentrumspartei für diese meine selbstverständliche und pflichtmäßige Haltung durch die Ablehnung einer Forderung würde strafen können, bei der es sich nicht um einen wichtigen, vielmehr um den wichtigsten Abschnitt unserer bisherigen Kolonialpolitik, sondern darüber hinaus um eine große Prinzipienfrage handelte. Der Abg. Spahn hat jedoch das von mir geprägte Wort der wünschenswerten Paarung von Konservativen und Liberalen wieder erwähnt. Nun, meine Herren, ich bin auch heute der Ansicht, daß gerade die fruchtbarsten Epochen in unserer Entwicklung zurückzuführen sind auf

die richtige Mischung von Konservativen und Liberalen Weisheit. (Sehr richtig! Rufen im Zentrum und bei den Soz.) Aber eine Paarung, die ich bis zum letzten Augenblick für unmöglich gehalten habe, das war die Paarung Kroen-Eingel, die Sie (zum Zentrum) am 13. Dezember zum Weiten gegeben haben. (Heiterkeit und sehr gut!) Es ist nicht möglich, eindringlicher zu warnen, als ich dies in der Sitzung vom 13. Dezember getan habe. Wer daraufhin nicht den Ernst der Situation einsehend und die Innigkeit für die Regierung, unter das vor ihr aufgeschlagene Laub die richtige Furchen zu geben, dem war nicht zu helfen. (Sehr richtig!) Wenn die Herren vom Zentrum die Verständigung gewollt hätten, wenn sie unter Wahrung des prinzipiellen und Ehrenstandpunktes die Auflösung des Reichstages hätten vermeiden wollen, so brauchten sie nur für den Antrag Kroen zu stimmen, der das Budgetrecht des Reichstages vollständig wahrte und der jeden Punkt nach Erörtern berückichtigte. Das haben sie nicht getan, weil sie gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung bilden wollten. Das hat sich die Regierung nicht gefallen lassen, und das wird sich, so Gott will, die Regierung niemals gefallen lassen. (Lebhafte Beifall.)

Der Abg. Spahn hat auch gemeint, durch das Vorgehen der Regierung wäre die Ehre der Zentrumspartei verletzt worden. Ich will ich denn die Ehre der Zentrumspartei verletzt haben? Etwas dadurch, daß ich ohne Ihre Erlaubnis den Reichstag aufgelöst habe? (Große Heiterkeit.) Das wäre nicht mehr auszusprechende Stellung, das wäre nicht der ruhende Pol in der Erörterung, den Herr Spahn soeben skizziert hat. Das wäre nicht einmal mehr Krampf, sondern das wäre

Parteiorgan. (Sehr richtig!) Das läßt sich niemand gefallen. Nicht die Ehre der Zentrumspartei ist verletzt worden, sondern der Beschluß, die die Zentrumspartei gemeinsam mit der Sozialdemokratie und auszusprechen wollte. Ja, ein Vorstoß gegen die Autorität der Regierung und gegen große Regierungsvorläge, deren Aufrechterhaltung nach meiner Überzeugung im Interesse des Landes, seines Friedens und seiner ruhigen Fortentwicklung liegt.

Ich muß mich jetzt zu zwei Behauptungen wenden, die eine große Rolle im Wahlkampf gespielt haben. In Artikeln, der sozialdemokratischen, wie der Zentrumspartei, und zu meinem besten Bedauern auch in Sachaufträgen, ist die Sache so dargestellt worden, als ob es sich darum handelte, verfassungsmäßige Einrichtungen und Freiheiten gegen das

persönliche Regiment

das persönliche Regiment in Geltung gesetzt? Wieder in der verfassungsmäßigen Frage, noch bei irgend einem anderen Anlaß, noch insbesondere bei der Auflösung des Reichstages. Die Auflösung des Reichstages war ein in der Verfassung festgelegtes Recht und in keiner Weise ein Verstoß gegen die Stellung des Reichstages. Von einer Verletzung der Verfassung durch das persönliche Regiment ist überhaupt nie die Rede gewesen. Das liegt ganz außerhalb des Bereiches der Wahrscheinlichkeit und selbst der Möglichkeit. Wohl aber sind unsere verfassungsmäßigen Einrichtungen, die die verbündeten Regierungen gewöhnlich beobachtet und voll begehrt haben, bedroht durch die Partei, die auf den Wänden der äußersten Linken sitzt und die ihre letzten Ziele ja gar nicht anders erreichen kann als durch einen Verfassungsbruch. Und an die Seite dieser Partei hatte sich die Zentrumspartei gestellt. Alle Behauptungen von Eingriffen oder Uebertreibungen der Krone bei der Auflösung des Reichstages oder während der Wahlbewegung sind ohne Ausnahme mährige und frivole Erfindungen. Die Krone hat lediglich Gebrauch von einem verfassungsmäßigen Recht gemacht. Es handelt sich auch gar nicht darum, wer am letzten Ende zu entscheiden hat, der Kaiser oder der Reichstag. Das ist eine triviale Antithese. Der Reichstag hat das Recht, Vorlagen der verbündeten Regierungen abzulehnen, und die verbündeten Regierungen haben das Recht, wenn sie dies im Interesse des Landes für notwendig halten, mit Zustimmung des Kaisers den Reichstag aufzulösen. Ich erkläre es ein für alle Mal für eine dreiste Unwahrheit, wenn man mir verfassungswidrige Handlungen oder Absichten oder Gesinnungen imputiert. Ich habe das Wahrscheinliche durch ein besonderes Gesetz geschützt, ich habe Wahlen eingeführt, ich habe wiederholt erklärt und erklären lassen, daß ich unverrückt auf dem Boden der Verfassung stünde. Ich habe das Budgetrecht nicht verletzt, sondern gewahrt. Ich verurteile mir solche wahrheitswidrigen Anklagen. Es handelt sich nicht um Absolutismus, Despotismus, Militarismus, Feudalismus und wie die „Isenen“ alle lauten (Heiterkeit), sondern es handelt sich darum, daß das Zentrum, auf die Sozialdemokratie gestützt, die verbündeten Regierungen in die Enge treiben wollte. Artikel 4 der Verfassung lautet: Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag. Darin liegt doch, daß keiner einseitig allein zu entscheiden hat. Die verbündeten Regierungen erkennen die Gleichberechtigung des Reichstages vollkommen an, nicht aber seine Alleinherrschaft. Es wäre Alleinherrschaft, wenn eine Partei der Regierung Entschlüsse aufzuzwingen wollte, für welche diese die Verantwortung nicht übernehmen kann.

Denn hat Dr. Spahn auch davon gesprochen, daß durch den Wahlkampf die religiösen Leidenschaften aufgewühlt worden wären. Darauf erwidere ich, daß zu den größten Unwahrheiten und Entstellungen, die im Wahlkampf eine Rolle gespielt haben, die Behauptung gehört, die katholische Religion sei in Gefahr, es würde

ein neuer Kulturkampf vorbereitet. Wenn es eine Regierung gibt, welche den Vorwurf der Religionsfeindschaft und namentlich antisemitischer Gesinnung nicht zu scheuen braucht, so ist es die Regierung, an deren Spitze ich stehe. So etwas zu verbreiten, wie das im Wahlkampf geschehen ist, war nicht nur dumm, sondern auch ein unpatriotische Handlung. (Sehr richtig!) Der Abg. Spahn hat soeben gemeint, es würde durch diesen Wahlkampf die Kluft zwischen den beiden Konfessionen erweitert werden. Wenn das wirklich der Fall wäre, so würde es mich mit tiefem Bedauern erfüllen, es würde aber in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß ohne jeden Anlaß die Parole eines neuen Kulturkampfes in die Wählermassen hineingeworfen worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe noch heute auf dem Standpunkt voller und absoluter Gerechtigkeit gegenüber beiden Konfessionen, voller Parteilichkeit, wahrer Koexistenz. Diesen Standpunkt werde ich niemals verlassen. Aber wenn von Seiten der Zentrumspartei die Konfessionsfrage den Mittelpunkt bildet, so ist das ein Standpunkt, den ich nicht adoptiere, sondern das ist eine Haltung, die ich nicht mitmachen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kampf richtet sich auch nicht gegen das Zentrum als Konfessionspartei, sondern gegen den Mißbrauch, den das Zentrum, gestützt auf die Sozialdemokratie, mit seiner ausschlaggebenden Stellung getrieben hat. Die Abtötung vom 13. Dezember hat leider erwiehen, daß auch eine gegen die katholische Kirche und unsere katholischen Mitbürger gerechte und wohlwollende Regierung nicht vor Feindschaft und Angriffen der Zentrumspartei sicher ist. Aber das sollte doch wenigstens die Haltung der von mir geleiteten Regierung sein, daß sie nicht im vollständigen Widerspruch mit dem wirklichen Sachverhältnis Gesinnungen und Absichten imputiert werden, die niemals bestanden haben.

Ich komme jetzt auf einen Punkt, über den der Abg. Spahn auch gesprochen ist, über den uns aber der Abg. Wassermann mancherlei Interessantes gesagt hat. (Heiterkeit.) Ich meine das Verhältnis bei den Wahlen zwischen Zentrumspartei und sozialdemokratischer Partei. Ein Mitglied der Zentrumspartei hat im Abgeordnetenhaus mit dem Vorwurf gemeint, daß ich diese in einen Topf geworfen hätte mit der sozialdemokratischen Partei. Das ist mir gar nicht eingefallen; aber zu meinem lebhaften Erstaunen und zu meinem tiefsten Bedauern fand ich plötzlich, daß die Zentrumspartei in dem Topf der Sozialdemokratie saß. (Große Heiterkeit.) Wer sich zuerst zu dem anderen hingezogen gefühlt hat, das weiß ich nicht; ich weiß nur, daß ich mich unvermutet einer Koalition gegenüber befand, zu der ich Stellung nehmen mußte. Um so unbedeutender ist der Vorwurf, daß ich durch meine Haltung gegenüber der Zentrumspartei eine Einigung aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie unmöglich gemacht hätte. Wenn es zu einer solchen Einigung, auf die ich lange hingearbeitet habe, die auch heute das Ideal aller guten Patrioten ist, nicht gekommen ist, so lag die Schuld in erster Linie an der Zentrumspartei, nicht nur, weil sie es zum Zweck mit der Regierung getrieben hat, sondern weil sie auch demokratisch an der Seite der Sozialdemokratie Platz nahm. Wenn es eine Partei gibt, die nach ihrer ganzen Basis, nach ihrem ganzen Programm, nach ihren Grundgedanken, nach ihren Zielen nicht mit der Sozialdemokratie zusammengehen sollte, so ist es die Zentrumspartei. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Zusammengehen der Zentrumspartei mit der Sozialdemokratie war nach meiner Auffassung nicht nur ein politischer Fehler, ein großer politischer Fehler, es war auch ein moralisches Unrecht. (Sehr wahr!) Es war ein moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die alles in den Staub zieht, was dem Christen heilig ist. Soll ich Ihnen alles das von Führern der Sozialdemokratie vorlesen? Ich habe es hier zusammengestellt in einem Buch, das von einem Antikatholiken verfaßt ist. Es war ein Unrecht, ein schweres moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die in diesem hohen Hause für die Pariser Kommune eingetreten ist, (Gelächter und Jubel b. d. Soz.) für die Kommune, die einen Geißelschlag fühlte hat (Jubel bei den Soz., Webel springt nervös auf, Webebour zieht ihn am Rockschößel wieder auf seinen Platz) — daran erinnere ich Herrn Webel gegenüber, die Sache war gar nicht besser — die die unschuldigen Dominikaner von Antunil erschloßtet hat. Für diese Partei haben Zentrumspartei, Abgeordnete b. d. Reichstages, Abgeordnete (Abg. Stadthagen ruft: Lassen Sie sich doch nicht auslachen!) dieser Partei hat das Zentrum 12 Wahlkreise zugesprochen, dieser Partei haben Zentrumswähler den Stimmzettel gehalten. Ohne Unterstützung von Zentrumspartei würde die Sozialdemokratie, die Partei der Christenunfeindschaft — so nannte sie noch vor einigen Tagen ein großes katholisches, ein Zentrumblatt — würde die Sozialdemokratie auf zwei bis drei Duzend Wahlmandate zurückgeworfen sein. (Hört, hört!) Die Zentrumspartei mag das jetzt bläselich verkübeln und verkübeln, wie sie will, das Unrecht bleibt bestehen. Man vergeht sich nicht ungerührt gegen ethische Gesichtspunkte. Wie sollte eine Einigung unter den bürgerlichen Parteien möglich sein, wenn die stärkste bürgerliche Partei, sobald ihr etwas nicht paßt, gestützt auf die Sozialdemokratie der Regierung und

den anderen bürgerlichen Parteien Schach bietet! Wenn das so gar in nationalen und in Weisungen geschieht, dann ist freilich keine einseitliche Front gegenüber der Sozialdemokratie möglich. (Singer ruft: Aber bei den bürgerlichen Handlungsträgern konnte man uns gebrauchen!) Wenn man in der Presse das Verhalten der Liberalen in Köln entgegengehalten hat, so verweise ich zunächst darauf, daß eine große Anzahl Kölner Liberaler, den Herrn Oberbürgermeister Weber an der Spitze, für den Zentrumsmann eingetreten ist. Das hat, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, auch Herr Teuborn nach seiner Wahl anerkannt. (Teuborn ruft: Jawohl!) Solern aber Liberaler in Köln eine andere Haltung eingenommen haben, mißbillige ich ihr Verhalten. (Lebhafte Beifall.) Ich habe vor und bei der Wahl nicht im mindesten Zweifel darüber gelassen, daß ich jede direkte oder indirekte Unterstützung, die hier und da Liberaler der Sozialdemokratie gewährt haben, durchaus und im höchsten Grade mißbillige. (Lebhafte Beifall; Gelächter b. d. Soz.) Solange die Sozialdemokratie auf ihrem geschillingen, von Herrn Webel in Dresden formulierten Standpunkte steht (Webel ist wieder aufgesprungen und gestikuliert; die Sozialdemokraten suchen den Reichstagsler durch Purse zu unterbrechen, die Rechte ruft: Ruhe!) — auf dem Standpunkte der Todfeindschaft gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft beharrt, solange diesen Wahlbindnisse von bürgerlichen Parteien möglich sein. (Sehr wahr!) Die bürgerlichen Parteien sollten auch zu Holz sein, sie sollten zu viel Würde und Selbstachtung haben, (lebt, Weifall) um im Wahlkampf mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, die alle bürgerlichen Parteien mit dem gleichen Hoch verfolgt, die alle mit derselben verächtlichen Heringschädelung behandelt. (Stürmischer Beifall.) Das Zentrum aber, das aristokratische Grundgesetz vertritt, das fordert noch durch den Mund seines Führers uns gesagt hat, daß alle Kultur auf dem Christentum beruhe, das Zentrum sollte mit gutem Beispiel vorangehen. (Sehr wahr!) Gerade ihm sollte jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie unmöglich sein. Es ist mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus denjenigen Rat zu erteilen, vor allem aber den Bischöfen meinen Dank auszusprechen, die im Wahlkampf suchlos und treu ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben haben. (Lebt, Weifall.) Die Zukunft wird zeigen, wie sehr sie nicht nur im Interesse des Vaterlandes, sondern auch ihrer Kirche gehandelt haben, als sie nicht

keine Fraktionsinteressen, geschäftigen Ranken, egoistischen Herrschaftsgehrillen, sondern dem Bestehen ewiger Wahrheit gefolgt sind. (Beifall.)

Der Abg. Spahn hat sich nun auch beschäftigt mit der Haltung der Regierung und meiner Haltung gegenüber den Wahlen. Er hat von Wahlbeeinflussungen gesprochen. Ich nehme für die Regierung, an deren Spitze ich stehe, und ich nehme für mich das Recht in Anspruch, bei den Wahlen die Wähler aufzuklären über die Absichten der Regierung und über die Absichten der Gegner der Regierung. (Sehr richtig!) Von diesem Rechte werde ich bei künftigen Wahlen sogar noch in viel weiterem Umfange Gebrauch machen. (Stürmischer Beifall links und rechts, Rufen und Gelächter der Sozialdemokraten, Handklatschen auf den Tribünen.) Ich werde Ihnen, meine Herren auf der äußersten Linken, noch ein ganz anderes Lied vorsingen. (Stürmischer Beifall auf der Linken und Rechts.) Das wäre noch besser, wenn gegen die Regierung mit den unerhörten Beschimpfungen und Wahrheitsverdrückungen vorgegangen würde, der Regierung aber verbietet man das Maul, sie soll nicht einmal antworten dürfen. (Stürmischer Beifall.) O nein, meine Herren, wenn mir angekränkt werden, antworten wir, wenn auf uns geschrien wird, so antworten wir wieder. Das geschieht übrigens in anderen Ländern auch so, gerade in den freireichlich parlamentarisch regierten Ländern nehmen die Minister noch einen viel stilleren Anstoß in den Wahlkämpfen, als das bisher wenigstens bei uns der Fall gewesen ist. (Sehr wahr!) Der Abg. Spahn hat sich auch mit dem

Flottenverein beschäftigt, er hat dem Flottenverein eine unerhörte politische Tätigkeit und hat der Regierung eine unzulässige Verbindung mit dem Flottenverein vorgeworfen. Die Regierung sieht dem Flottenverein gerade so unabhängig gegenüber, wie allen anderen Vereinen, Korporationen und Parteien. Was insbesondere die Verankerung unserer Flotte und das Tempo einer Verankerung angeht, so können hier selbstverständlich nur die Ermäßigungen maßgebend sein, die im Interesse des Landes, seiner Sicherheit und seines Friedens die verbündeten Regierungen im Rahmen einer verständigen inneren und auswärtigen Politik für richtig und angemessen halten. Was nun die Briefe angeht, die dem Herrn Generalmajor Reim

geschlohen worden sind (Hört, hört!), was diese dem Flottenverein offenbar in schändlicher und schimpflicher Weise geschlohenen Briefe angeht, so habe ich darüber das Nachsichende zu sagen: Der Flottenverein bezweckt die Durchführung einer nationalen Aufgabe, indem er in weiten Kreisen Verständnis für diesen Zweck erweckt und für die Notwendigkeit, unsere Küsten zu schützen. Deshalb habe ich es für durchaus begrifflich, daß sich Mitglieder des Flottenvereins an diesem Wahlkampfe beteiligen dürfen, der sich um eine nationale Frage dreht und überseelische Angelegenheiten betraf. Inwiefern der Flottenverein als solcher in Aktion treten soll und welchen Spielraum er seinen Mitgliedern für ihre politische Betätigung lassen will, das zu beurteilen, ist lediglich seine Sache.

Ich bin nicht der Flottenverein, das können Sie auch aus den Artikeln erfahren, die der Flottenverein mir geschickt hat. (Heiterkeit.) Wenn aber ein hervorragendes Mitglied aus dem Flottenverein zu mir kommt und mir erklärt, daß er sich in dem Sinne der nationalen Sache stellt und daß er bei den Wahlen den Standpunkt der Regierung vorzuziehen will, so nehme ich eine solche Unterstützung dankbar an. (Sehr richtig!) Es wäre ein wenig lächerlich, wenn ein leitender Staatsmann, der die Aufhebung eines Parlamentes für notwendig gehalten hat, wenn die Entscheidung herannahet, in die Rolle einer Vogade verfällt. Die Regierung ist durchaus berechtigt, gegen die erhobene Angriffe zu widerlegen und hierfür auch amtliches Material zur Verfügung zu stellen, ihren Rat, wenn er erbeten wird, nicht zu verweigern. Niemand von den Herren, die bei mir gewesen sind, hat den Eindruck mitgenommen, als ob ich unbedeutend Wahlbeeinflussung gemacht hätte. Ob der General Reim in jedem einzelnen Falle das Richtige getroffen hat, das zu entscheiden ist nicht meine Sache. Aber gegenüber den Verlogenheiten, die Herr Generalmajor Reim mit Hilfe geschloher Briefe bereitwillig werden sind, will ich dankbar anerkennen, daß er seine Person und seine Kräfte in selbstloser, aufopfernder, raskloser Weise in den Dienst einer guten Sache gestellt hat! (Beifall.) Ich billige selbstverständlich nicht geschillinge Angriffe gegen die Person des Gegners, und ich kann sagen: Während der 10 Jahre, daß ich hier auf dieser Bank sitze, habe ich meines Wissens niemals einen politischen Gegner persönlich angegriffen. Aber anderswo wird es nicht immer so gehandhabt. Mir der Art und Weise, wie die Sozialdemokratie diesen Wahlkampf geführt hat, werde ich mich wohl noch zu beschäftigen haben. Aber auch von Seiten des Zentrums ist in Wahlkreisen, Wahlkreisen, Wahlkreisen, Wahlkreisen viel geschillingt worden. (Zustimmung.) Ich habe hier eine ganze Klauenlese solcher Ausfertigungen vor mir, da wimmelt es nur so von Insulten und mehr als hundert Behauptungen. Also, meine Herren, lesen Sie nur die schöne Parabel vom Splitter und vom Balken, denken Sie lange darüber nach, denken Sie an den Balken im eigenen Auge und messen Sie Freund und Gegner mit gleichem Maße!

Von vielen Seiten ist die Frage aufgeworfen: Wer hat bei diesen Wahlen gesiegt? Die Parteien nicht. Es sind in diesem Wahlkampfe manche Schemel von Engergelheit und Ausgelassenheit geliefert worden. Selbst von Parteiführern ist vor die Ausgelassen-

